

SEIT
1946

12/2018

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



DIE AUSRUFUNG DER REPUBLIK AM 12. NOVEMBER 1918

(WIEN MUSEUM)

Mindestsicherung Neu

Isabel Koberwein

Nachrichten aus

Österreich

Peter Turrini

Die US-Demokraten nach der Midterm-Wahlen

Hanna Lichtenberger

Der gescheiterte Traum Jugoslawien

Marko Miloradovic

EDITORIAL

Mit seinen in der Dezember-Session ergangenen Entscheidungen hat der Verfassungsgerichtshof gezeigt, dass er nach wie vor nicht bereit ist, sämtliche Skurrilitäten des „neuen Regierens“ widerspruchslos hinzunehmen. Mit seiner Entscheidung, den Entzug von Staatsbürgerschaften einzig und alleine auf Grundlage einer ominösen, von der FPÖ an die Behörden übermittelten Liste, zu unterbinden, hat er einen wesentlichen Beitrag geleistet, politisch induzierte Willkür von vornherein zu unterbinden und die Staatenlosigkeit zehntausender ÖsterreicherInnen zu verhindern. Dass er gleichzeitig die burgenländische Regelung zur Mindestsicherung aufgehoben, die oberösterreichische zu einem großen Teil bestehen gelassen hat, zeigt aber auch die Grenzen dessen, was vom VfGH zu erwarten ist: Je ausgefeilter, durchdachter und differenzierter die politische Gemeinheit im Detail ausgestaltet ist, desto eher kann sie offenbar als sachlich gerechtfertigt werden. Die Opposition muss natürlich auch jede rechtliche Gelegenheit nutzen, um den Regierungsparteien und ihrem Versuch, an der Grenze des Rechtsstaates am Rücken der Wehrlosesten Politik zu machen, entgegenzutreten. Die jüngst angekündigten Gesetzesmaßnahmen zu Mindestsicherung und Gesundheitsreform bieten zweifellos Anlass, ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. Aber Verfahren vor dem VfGH ersetzen keine politische Opposition, genauso wenig wie die Anbiederung an die Bundesregierung die Wahlchancen für sozialdemokratische Landeshauptmann-Kandidaten erhöht. Wer auch nach der Gesundheitsreform nicht verstanden hat, dass es zu einer rein destruktiven und auf Zerstörung demokratischer und sozialer Strukturen bedachten Regierung keine „konstruktive“ – im Sinne von: schaumgebremster – Opposition geben kann, dem ist kaum noch zu helfen.

In dieser Ausgabe widmen wir uns dem Kampf der Regierung gegen die von Armut betroffenen Menschen:

Isabel Koberwein stellt die Pläne der Bundesregierung zur bundesweiten **Neugestaltung der Mindestsicherung** vor. Die Infamie dieser Pläne wird jedoch erst so richtig verständlich, wenn man sie in den Kontext aktueller Änderungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung setzt.

Neben der geplanten Abschaffung der Notstandshilfe geht es dabei auch um den drohenden Ausschluss zehntausender, besonderer Unterstützung bedürftiger, Menschen aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Wiener Stadträte **Peter Hacker** und **Peter Hanke** haben sich in einem offenen Brief an Sozialministerin Hartinger-Klein gewandt, um Antworten zu drängenden Fragen zum neu geplanten **AMS-Algorithmus** zu erhalten.

In seiner **Rede zum Republik-Gedenken** hat **Peter Turrini** nicht nur eine sehr präzise Kritik an der Regierung und ihrer Politik geliefert, sondern zahlreiche grundlegende Fragen aktueller (Klassen-)Politik angesprochen, die gerade zum Jahreswechsel besondere Beachtung verdienen und die wir mit freundlicher Genehmigung des SPÖ-Parlamentsklubs publizieren.

Hanna Lichtenberger gewährt mit ihrem Beitrag einen spannenden Einblick in die Bedeutung der **US-Kongresswahlen Anfang November** aus einer sozialistischen Perspektive und stellt dar, mit welchen Themen, Instrumenten und Methoden bei diesem Wahlgang linke KandidatInnen Erfolg haben konnten.

Ludwig Dvořák liefert mit seinem Text ein aktuelles **Update** zum aktuellen **Brexit-Chaos** in der britischen Politik.

Und **Marko Miloradovic** liefert anlässlich des **100. Jahrestages** der **Ausrufung Jugoslawiens** eine prägnante, materialistische Analyse für die Ursachen des Scheiterns dieses Staatsprojekts jenseits gängiger Vorurteile über „Eigenarten“ des Balkans.

Wir wünschen unseren LeserInnen alles Gute zu den Feiertagen und für 2019 und liefern zum Jahreswechsel noch eine Sonderausgabe, um den Jahreszyklus 2018 abzuschließen.

Viel Vergnügen beim Lesen und Schauen,

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Die Ausrufung der Republik am 12. November 1918

Rudolf Konopa
Gemälde
© Wien Museum

AKTUELLE DEBATTE: Politik gegen Arme und Arbeitslose

6 Mindestsicherung Neu

VON ISABEL KOBERWEIN

10 Arbeitsmarkt-Chancen nach Computer-Maß

VON PETER HANKE UND PETER HACKER

14 Nachrichten aus Österreich

VON PETER TURRINI

24 Die US-Demokraten nach der Midterm-Wahlen

VON HANNA LICHTENBERGER

30 Und täglich grüßt das Murmeltier

VON LUDWIG DVOŘÁK

36 Der gescheiterte Traum Jugoslawien

VON MARKO MILORADOVIC

Mindestsicherung Neu

Isabel Koberwein stellt die konkreten Vorhaben der Bundesregierung bei der Neuregelung der Mindestsicherung vor und unterzieht das Gesetzesprojekt einer kritischen inhaltlichen Bewertung.

Bei ihrer Klausur im Mai 2018 hatte es die Bundesregierung in Sachen Mindestsicherung noch eilig. Schon bis zum Juni sollte ein Gesetzesentwurf stehen, noch im Herbst dieses Jahres wollte man zur Beschlussfassung im Nationalrat kommen. Auf die wesentliche Stoßrichtung, nämlich die Zuwanderung ins österreichische Sozialsystem stoppen zu wollen, konnte man sich innerhalb der Koalition rasch einigen. Die Bundesländer wurden bei der Festlegung der Eckpunkte weitgehend außen vorgelassen.

GRUNDSATZGESETZ

Ganz so reibungslos ist die Konkretisierung der neuen Mindestsicherung dann offenbar nicht weitergegangen. Erst Ende November wurden die Detailpläne und ein Gesetzesentwurf präsentiert. Die Mindestsicherung wird demnach auf Bundesebene durch ein Grundgesetz geregelt, bis Ende 2019 haben die Bundesländer die erforderlichen Ausführungsgesetze zu beschließen. Das Ziel einer bundesweit einheitlichen Regelung wird damit verfehlt. Auch weiterhin werden Bundesländer, die bessere Standards bei der Mindestsicherung beschließen, für auf Leistungen angewiesene Menschen aus nachvollziehbaren Gründen attraktiver bleiben.

Im Vorfeld der präsentierten Einigung haben sich verschiedene Regierungsmitglieder durchaus in Widersprüchlichkeiten verstrickt. Es gab Beteuerungen des Vizekanzlers, wonach sogenannte AufstockerInnen, also Menschen, die Mindestsicherung nur als Teilbezug in Anspruch nehmen, von einem Vermögenszugriff ausgenommen bleiben sollten. Auf Seite der ÖVP wurde gerade dieses Festhalten am Vermögenszugriff als ein Gebot von Fairness und Gerechtigkeit betont. Eine Haltung, die sich letztendlich auch durchgesetzt hat. Die Verwertung eines etwaigen Vermögens ist somit auch weiter-

hin Voraussetzung, um überhaupt einen Anspruch auf Leistungen der Mindestsicherung haben zu können. Zwar wird der Freibetrag angehoben und auf Immobilien erfolgt künftig erst nach drei Jahren eine Sicherstellung im Grundbuch. Wenn jedoch, wie derzeit absehbar, die Notstandshilfe abgeschafft und durch die Mindestsicherung ersetzt wird, werden künftig wesentlich mehr Menschen vor der Situation stehen, zuerst ihr Ersparnis zu verbrauchen, oder ihr Auto verkaufen zu müssen, bevor Leistungen bezogen werden können.

KAUM ÄNDERUNGEN SEIT DEM FRÜHJAHR

Auch ganz generell hat sich beim Plan für die Mindestsicherung Neu gemessen an den grundsätzlichen Zielsetzungen und Prinzipien, die bereits im Frühjahr eingeschlagen wurden, abgesehen von leichten Begünstigungen für AlleinverdienerInnen, nichts Wesentliches geändert. Im Zentrum steht das dezidierte Ziel, MigrantInnen von einem Leistungsanspruch auszuschließen, um eine Zuwanderung ins österreichische Sozialsystem zu verhindern. Diese Ausrichtung will die Regierung auch als integrationspolitisches Ziel verstanden wissen. So wird der vorliegende Gesetzestext mit dem Hinweis erläutert, dass nicht durch die Gewährung von Sozialhilfe, sondern eben durch den Ausschluss von Leistungen der Sozialhilfe, das Mindestsicherungsgesetz gleichsam als Nebenziel der Integrationspolitik dient.

Den Prinzipien, die der Mindestsicherung in ihrer ursprünglichen Form zugrunde gelegt wurden und die sie bei ihrer Einführung 2010 zu einem sozialpolitischen Meilenstein gemacht haben, nämlich eine verbesserte Armutsbekämpfung und ein erleichterter Zugang zum letzten Netz der sozialen Sicherheit, wird die Mindestsicherung in der neuen Form nicht mehr gerecht. Und auch was die Höhe der Leis-

tungen betrifft, wird die Grundkonzeption der Mindestsicherung umgekehrt. Indem sich die Bundesländer an Obergrenzen für die Höhe der Mindestsicherung zu halten haben, die sie nur unter- und nicht überschreiten dürfen, wird die Mindestsicherung künftig zur Maximalsicherung. In der bis 2016 geltenden Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sah die Mindestsicherung verpflichtende Mindestleistungen vor.

Von einem Anspruch auf Mindestsicherung generell ausgeschlossen werden subsidiär Schutzberechtigte und auch Personen, die zu mehr als sechs Monaten bedingter oder unbedingter Haft verurteilt wurden. Der Ausschluss erfolgt für einen der Freiheitsstrafe entsprechenden Zeitraum. Man wolle im Fall einer strafgerichtlichen Verurteilung „eine adäquate öffentliche Sanktionswirkung“ erzielen, so die dazu von der Regierung getroffene Argumentation. Für viele Betroffene bedeutet das wohl den Verlust einer entscheidenden Existenzgrundlage. ExpertInnen sehen als drohende Folge den Rückfall und damit einen Anstieg von Kriminalität mit neuem Opferleid und zusätzlichen Kosten als vorprogrammiert an.

Für Jene, die grundsätzlich einen Anspruch Mindestsicherung haben, gilt vor allem das Prinzip, je mehr Personen in einer Bedarfsgemeinschaft, umso geringer die Höhe der Leistung. Das trifft in erster Linie Familien mit mehreren Kindern. Die Fokussierung der Regelung, vor allem zugewanderte Menschen und Asylberechtigte von Ansprüchen auszuschließen und Leistungen zu kürzen, spiegelt sich auch hier wider. Umgesetzt wird dies durch die degressive Ausgestaltung der Leistungen, die massiv verschärft wird: Erhalten Alleinstehende weiterhin eine (Basis-)Leistung in der Höhe von 863,04 EUR, so sinkt der Anspruch für Paare um 10% auf maximal 1208,26 EUR. Ein zweiter Erwachsener bekommt nur mehr maximal 40% statt 50% des Einzelrichtsatzes (minus 86,3 EUR). Es muss immer bedacht werden, dass die Bundesländer auch niedrigere Werte vorsehen können. Man kann also nicht davon ausgehen, dass diese Leistungen auch landesgesetzlich in dieser Höhe beschlossen werden. Das erste Kind erhält maximal 25 % der Basisleistung, das zweite Kind 15 %, das dritte und jedes weitere Kind erhält bloß noch 5 % der Basisleistung, das sind nur EUR 43,15 pro Kind. Geht man von den in Wien geltenden Richtsätzen aus, so hätte eine Familie mit 2 Kindern nach den Plänen der Bundesregierung mit Kürzungen von rund 200 Euro zu rechnen. Bei drei Kindern würden die Einschnitte bereits bis zu 400 Euro ausmachen. Sind es Kinder mit Eltern, die nicht ausreichend gut Deutsch sprechen, sind es Kürzungen bis zu 1.000 Euro. Denn der Nachweis

ausreichender Sprachkenntnisse (Deutsch B1 bzw. Englisch C1) sind ein Kernpunkt, um die Anspruchsvoraussetzungen für die Mindestsicherung im vollen Umfang erfüllen zu können. Jene Personen, die solche Anforderungen nicht vorweisen können, erhalten eine um 300 Euro geringere Leistung. Auch dies ist eine Bestimmung, die zweifellos darauf abzielt, vor allem Asylberechtigte den Zugang zur Mindestsicherung zu erschweren.

Gespart wird insgesamt also bei den besonders Schwachen. Fast ein Drittel aller MindestsicherungsbezieherInnen sind Kinder und Jugendliche, ein großer Teil von Ihnen – fast 65.000 – sind unter 14 Jahre. Für sie gibt es nun weniger Geld für Essen, für Kleidung und für Aktivitäten in der Schule und in der Freizeit. Mit einem Anstieg der Kinderarmut ist jedenfalls zu rechnen. In krassem Gegensatz zu den Kürzungen der Mindestsicherung für Kinder steht eines der Prestigeprojekte der Bundesregierung – der Familienbonus. Dieser begünstigt in erster Linie gutverdienende Personen. Menschen mit niedrigem Einkommen können den Familienbonus in vielen Fällen entweder gar nicht, oder nicht in voller Höhe zur Anrechnung bringen. In Summe bedeuten Mindestsicherung und Familienbonus also, dass Kinder von reichen Eltern belohnt und Kinder von armen Eltern bestraft werden und aus der Sicht der Bundesregierung keineswegs jedes Kind gleich viel wert ist.

Es gibt bei der Mindestsicherung neu eine Reihe von Punkten, die aus der Sicht von VerfassungsexpertInnen als bedenklich eingestuft werden. Der Verfassungsgerichtshof hat erst im vergangenen März klargestellt, dass das niederösterreichische Mindestsicherungsmodell, das einen Maximalbetrag unabhängig von der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen vorsieht, verfassungswidrig ist. Vor diesem Hintergrund ist beispielsweise die nun vorgesehene Senkung des Richtsatzes für Kinder auf nur 5% des Basisbetrages ab dem 3. Kind als durchaus kritisch zu sehen. Auch die geplante Deckelung der Geldleistung pro Haushalt, wenn mehrere Personen Mindestsicherung beziehen, könnte nicht haltbar sein. Genauso bedenklich ist auch die beabsichtigte Kürzung der Leistungshöhe für Asylberechtigte.

Als besonders brisant sind zusätzlich die massiven Verschlechterungen bei der Mindestsicherung wegen der angekündigten Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung zu sehen. Damit ist vor allem die vorgesehene Abschaffung der Notstandshilfe gemeint. Ein Aufgehen der Notstandshilfe in

der Mindestsicherung bedeutet nicht nur, dass auf die LeistungsbezieherInnen die Möglichkeit des Vermögenszugriffes zukommt. Wenn die Notstandshilfe durch die Mindestsicherung ersetzt wird, bedeutet das auch, dass in der Zeit des Leistungsbezugs keine Pensionszeiten erworben werden und sich die Problematik der Altersarmut weiter verschärfen wird. 2017 haben durchschnittlich 157.500 Menschen Notstandshilfe bezogen, mehr als ein Drittel dieser Menschen sind über 50 Jahre alt und fast 80% davon sind übrigens ÖsterreicherInnen. Die Änderungen setzen in ihrer Gesamtheit eine Spirale nach unten in Gang, was die soziale Absicherung betrifft. Der Mindestsicherung als letztes Netz in diesem System, wird von der Bundesregierung jedenfalls massiver Schaden zugefügt und der Weg in Richtung Hartz IV für Österreich geebnet. 🍷

ISABEL KOBERWEIN

ist Mitarbeiterin der Grundlagenabteilung der GPA-DJP.

DIE AUSTRUFUNG DER REPUBLIK AM 12. NOVEMBER 1918

WIEN MUSEUM



Wiener Kinder, die zur Erholung nach Schweden fahren, auf der Durchreise in Berlin, 1920

Aus: Wiener Illustrierte Zeitung, 25. Jänner 1920

© ÖNB / ANNO / Wien Museum

Arbeitsmarkt-Chancen nach Computer-Maß

Die aktuelle Mindestsicherungs-Debatte muss auch vor den im Bereich des AMS geplanten Maßnahmen gesehen werden: Neben Budgetkürzungen und Plänen zur Abschaffung der Notstandshilfe führt die Regierung eine durch einen Computer-Algorithmus gesteuerte Kategorisierung von Arbeitslosen ein, die künftig darüber entscheidet, wie intensiv Arbeitslose betreut werden. Die Wiener Finanz- und Sozialstadträte, **Peter Hanke** und **Peter Hacker** haben sich in einem offenen Brief an die Sozialministerin gewandt, um ihre Bedenken gegen dieses neue System zu äußern. Nachstehend dokumentiert die ZUKUNFT den offenen Brief und erläutert redaktionell Hintergründe des Projekts.

Zielgerichtete Fördermaßnahmen für Arbeitslose – was kann daran schlecht sein? Die aktuellen Pläne für eine Algorithmus-gesteuerte Kategorisierung von Arbeitslosen zeigt das auf: Arbeitslose sollen in drei Kategorien, je nach Integrationschancen in den Arbeitsmarkt, gegliedert werden. Bei Kategorie A wird aufgrund besonders guter Integrationschancen kein besonderer Unterstützungsbedarf gesehen. Kategorie B mit mittleren Integrationschancen wird besonderer Unterstützungsbedarf zugestanden. Besonders kontrovers ist der Umgang mit Kategorie C, der Personengruppe mit geringen Integrationschancen in den Arbeitsmarkt.

Für sie sollen „andere Betreuungsformen“ zur Verfügung stehen, ohne dass genauer spezifiziert worden wäre, wie diese anderen Betreuungsformen aussehen werden.

ABSCHAFFUNG DER „AKTION 20.000“

Für einen Teil jener Personen, die wohl definitiv in Kategorie C einzustufen ist, bestand bis zum Jahresbeginn 2018 eine besondere Betreuungsform: Die Aktion 20.000 sollte für 20.000 Langzeitarbeitslose über 50 am KV-Lohn orientierte Arbeitsplätze v.a. im gemeinnützigen Sektor schaffen. Menschen, denen am Arbeitsmarkt keine Chance mehr gegeben wird, sollten einen Job erhalten, der nicht nur anständige Bezahlung, sondern auch Würde und Sinn garantieren sollte. Dass diese Maßnahme als erstes dem schwarz-blauen Sparstift zum Opfer fiel lässt v.a. eines erwarten: Dass die Regierung

nicht bereit ist, für vernünftige Maßnahmen die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

ZWISCHEN ALLEINLASSEN UND ZWANGSARBEIT?

Zu befürchten ist, dass all jene, die am Arbeitsmarkt derzeit keine Chance haben, alleingelassen werden. Oder, noch schlimmer: Dass FPÖ und ÖVP auf ihr seit Jahrzehnten gehegtes Lieblingsprojekt „Arbeitspflicht für Arbeitslose“ zurückkommen und Langzeitarbeitslose ohne ordentliches Entgelt zu Hilfsarbeiten aller Art heranzuziehen versuchen. Praktisch für die Regierung ist sicherlich auch, dass Prognosen zeigen, dass in Wien fast die Hälfte aller Arbeitslosen in Kategorie C einzustufen wäre – und damit reichlich Stoff für rassistisch konnotierte Anti-Wien-Propaganda von ÖVP und FPÖ bieten wird.

HASS AUF ARBEITERINNEN UND UNTERSCHICHTEN

Es ist wohl zu erwarten, dass die neue Kategorisierung – verbunden mit der Erhebung ethnischer Merkmale – eine neue Runde für das Hintreten nach unten eröffnen wird. Nachdem die Regierung mit der Streichung der Aktion 20.000 tausende Menschen um ihre Jobchancen gebracht hat, wird sie nun genau diese Menschen als arbeitsunwillig und faul verunglimpfen und mit allen möglichen Zwangsmaßnahmen zu stigmatisieren versuchen.

Das politische Gegenkonzept liegt auf der Hand: Menschen durch aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem Vorbild der Aktion 20.000 echte Perspektiven zu ermöglichen; (Langzeit-) Arbeitslosen durch ordentliche Beschäftigung Würde und Selbstbestimmung geben; Das Gemeinwohl durch die Bereitstellung tausender, kollektivvertraglich entlohnter, neuer Stellen im öffentlichen Sektor stärken und den neuen Jobs damit auch einen sozialen Mehrwert zu geben. Betroffene zu handelnden zu machen, statt sie zu verunglimpfen und zu stigmatisieren.

Die Vertreter der Stadt Wien haben die drohenden Gefahren offensichtlich erkannt und stellen der Bundesregierung unbequeme Fragen (die diese wahrscheinlich nicht beantworten wird), um die Rechte der arbeitenden Menschen zu schützen.

OFFENER BRIEF VON ASTR PETER HACKER UND ASTR PETER HANKE

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

Sie haben, wie aus den Medien zu entnehmen war, das AMS mit der flächendeckenden Einführung einer „personalisierten Arbeitsmarktbetreuung“ ab 2020 beauftragt – der so genannten Segmentierungsstrategie. Diese ist bereits in Umsetzung, obwohl noch zahlreiche Fragen völlig offen sind.

Basis dafür soll ein Algorithmus sein, der arbeitslose Menschen in drei Gruppen kategorisiert:

- * **Segment A:** Sehr gute Integrationschancen mit keinem oder geringen Unterstützungsbedarf
- * **Segment B:** Mittlere Integrationschancen mit zusätzlich notwendiger Unterstützung
- * **Segment C:** Geringe Integrationschancen

Für Menschen im Segment C soll es zukünftig weder die Möglichkeit zur Beschäftigung in sozial-ökonomischen Betrieben noch zur Qualifizierung geben. Ebenso soll die Unterstützung durch Beraterinnen und Berater des AMS eingeschränkt werden. Ihnen sollen lediglich „andere Betreuungsformen“ zur Verfügung stehen.

NEUE SEGMENTIERUNGSPRAXIS KÖNNTE SCHWERWIEGENDE FOLGEN FÜR WIENER ARBEITSLÖSE HABEN

Obwohl die so genannte „personalisierte Arbeitsmarktbetreuung“ erst in die Praxis umgesetzt werden soll, ist die Segment-Zuteilung der Personen auf Basis dieses Algorithmus bereits erfolgt. Für Wien ergibt sich folgende Verteilung:

- * **Segment A:** Rund 3.800 Personen (3 Prozent)
- * **Segment B:** Rund 74.000 Personen (53 Prozent)
- * **Segment C:** Rund 61.000 Personen (44 Prozent)

Mehr als 35.000 Bezieherinnen und Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung fallen in eine der drei Kategorien – davon rund 21.000 in das „Segment C“. Das AMS Wien hat bereits mit den Vorbereitungen der Vollumsetzung der Segmentierungsstrategie begonnen, dabei soll das bisherige Maßnahmenangebot je nach Segment zugeteilt werden: ganz konkret werden Arbeitsplätze in Beschäftigungsmaßnahmen – die auch von der Gemeinde Wien mitfinanziert werden – für das C-Segment gekürzt bzw. durch so genannte Trainingsplätze ersetzt. Zusätzlich können alle Beraterinnen und Berater des AMS schon mit diesem Monat einsehen, in welches Segment die jeweiligen Kundinnen und Kunden in Zukunft fallen werden (ab 19.11.2018 soll der Algorithmus ins System eingespielt sein), ohne dass es klare Handlungsanweisungen für die MitarbeiterInnen gibt, was sie mit dieser Information machen sollen. Obwohl die Vollumsetzung erst 2020 geschehen soll, wird das heute schon reale Auswirkungen auf die Beratungspraxis und damit auch auf das jeweilige Betreuungsangebot haben. Die Gemeinde Wien befürchtet, dass dies heute schon die Situation von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit bzw. in der Mindestsicherung dauerhaft fortschreiben und manifestieren wird.

VIELE FRAGEN NOCH OFFEN, OBWOHL SEGMENTIERUNGSPRAXIS ZUM TEIL HEUTE SCHON ANGEWENDET WERDEN KANN

Für die Gemeinde Wien ist es unverständlich, wie durch diese neue Segmentierungspraxis einerseits die Effizienz der aktiven Arbeitsmarktpolitik gesteigert wird, obwohl beinahe 120.000 arbeitslose Menschen in Österreich damit dauerhaft dem Schicksal der Arbeitslosigkeit oder einem Dasein in der Mindestsicherung überlassen werden. Als betroffene Verantwortungsträger der Gemeinde Wien sind wir jederzeit gerne bereit, in eine sachliche und faktenbasierte Diskussion zu treten. Unsere Beurteilung wird sich nach dem inhaltlichen Ge-

halt der vorliegenden Fakten richten. In diesem Sinne haben die Stadträte Peter Hanke und Peter Hacker folgende Fragen an die Bundesministerin gestellt:

Gibt es – vor dem Hintergrund der bereits angelaufenen Umsetzungsaktivitäten des AMS – bereits quantifizierte Zielvorgaben an das AMS? Konkret: Wie viele Personen aus dem C-Segment sollen – spätestens ab 2020 – mittels „anderer Betreuungsformen“ in Beschäftigung gebracht werden?

- ★ Gibt es bereits konkrete Pläne des AMS, wie diese „anderen Betreuungsformen“ ausgestaltet sein sollen? Liegen dazu bereits Beschlüsse der zuständigen Organe des AMS vor?
- ★ Wie hoch werden die finanziellen Mittel sein, die zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Arbeitslosen aus dem C-Segment dienen?
- ★ Können Sie garantieren, dass dem AMS für die Vermittlung von Kundinnen und Kunden aus dem C-Segment mindestens gleich hohe Mittel zur Verfügung stehen werden, wie das auch bisher der Fall war?
- ★ Können Sie garantieren, dass den Kundinnen und Kunden des AMS, die dem C-Segment zugeordnet werden, die Gründe für diese Zuordnung transparent offengelegt werden? Können Sie garantieren, dass auf Basis dieses Befundes ein Weg zur Beseitigung der Vermittlungshandicaps vereinbart wird? Wird es dafür ausreichende Beratungszeit und damit ausreichende Personalressourcen im AMS geben?
- ★ Können Sie garantieren, dass Personen im C-Segment auf deren ausdrücklichen Wunsch ohne Einschränkungen in das B-Segment übertreten und die dafür vorgesehenen Unterstützungsangebote – insbesondere geförderte Beschäftigung und Qualifizierung – in Anspruch nehmen können? Gibt es dazu bereits entsprechende Dienstweisungen an die Beraterinnen und Berater des AMS? Falls nein: Sind solche in Planung?
- ★ Sollte eine dieser Fragen mit „Nein“ beantwortet werden: Werden die Landesorganisationen des AMS bereits eingeleitete und geplanten Umsetzungsschritte beenden bzw. pausieren können, bis alle organisatorisch und finanziell offenen Fragen geklärt sind? Können Sie zumindest garantieren, dass bis zur endgültigen Klärung alles unternommen wird, um die Arbeitsmarktchancen von

Menschen mit größeren Vermittlungsproblemen nicht weiter beeinträchtigt werden? Werden Sie dazu konkrete Vorgaben machen? 

PETER HANKE
ist Wiener Finanzstadtrat

PETER HACKER
ist Wiener Sozialstadtrat

DIE AUSTRUFUNG DER REPUBLIK AM 12. NOVEMBER 1918

WIEN MUSEUM



„Hoch die Republik!“ Wahlkampf für die erste Parlamentswahl der Republik, Februar 1919

Aus: Das interessante Blatt, 13. Februar 1919

© ÖNB / ANNO / Wien Museum

Nachrichten aus Österreich

Auf Einladung des SPÖ-Parlamentsklubs hielt der Schriftsteller **Peter Turrini** bei der Republikfeier am 30.10.2018 im Parlament eine vielbeachtete Rede, die wir nachstehend dokumentieren. Mit seinem Beitrag zum hundertjährigen Republik-Jubiläum geht er nicht nur mit den sozialen und politischen Zuständen in Österreich und Europa scharf ins Gericht, er ergreift auch Partei für die verächtlich gemachte Arbeiterklasse und blickt kämpferisch und optimistisch auf all jene, die bereit sind für Demokratie und Gerechtigkeit zu streiten.

Bruno Kreisky, hinlänglich verblichen und daher von aller Welt nachhaltig verehrt, führte in den 70er- und 80er-Jahren immer wieder Gespräche mit Künstlern, unter anderem auch mit mir. Ich erinnere mich an eine Argumentation von ihm, dass es nicht auf alles eine politische Antwort gebe, manches komme schlicht und einfach aus den Untiefen des menschlichen Charakters. Seine Worte haben mir damals eher missfallen, weil ich alles für politisch hielt und daher auch alles für politisch lösbar.

Dieser Meinung bin ich heute nicht mehr. Ein Gespenst geht um in Europa, nichts Unmenschliches ist ihm fremd. Es scheint, als sei ein Wettrennen darüber ausgebrochen, wer der größere Feind des Nächsten ist, wer die Schwächeren am besten verhöhnen kann. Der politische Begriff des Rechtsrucks greift zu kurz, hier geht es auch um den Charakter des einzelnen. Ich habe daher meiner Rede den Titel gegeben: „Was uns bedroht, sind nicht die Ozonlöcher, sondern die Arschlöcher“.

Glauben Sie nicht, daß ich aus der Warte des besseren Menschen argumentiere. Die Seele ist nicht nur ein weites Land, dieses Land ist auch voller Widersprüche. Da hocken das Gute und das Böse in ein- und derselben Brust erstaunlich nahe beieinander. Die entscheidende Frage, die ich Ihnen und mir selbst stelle, ist doch, auf welche Seite unseres vermischten Wesens wir uns stellen. Verbleiben wir in der Mieselsucht, in der Kleinkariertheit, in der Abschottung gegenüber dem Fremden, in der Ausgrenzung des Anderen, bei der Verhöhnung des Schwächeren, also in der Arschlochecke un-

seres Charakters, oder versuchen wir über uns selbst hinaus zu wachsen, indem wir anderen Menschen helfen?

Das ist nicht immer leicht. Wir hatten Flüchtlinge in unserem Haus, fallweise ziemlich viele, und wir hatten sie auf längere Zeit. Manchmal sind sie mir sehr auf die Nerven gegangen. Flüchtlinge entsprechen nicht unbedingt unseren Idealvorstellungen. Sie sind Menschen mit Ansprüchen und Widersprüchen. Und dennoch: Geblieben sind Zugehörigkeiten zu einigen von ihnen und das Gefühl, dass wir einander ähnlicher sind, als wir glauben.

Das Wort Rechtsruck, das wir oft und für vieles im Mund führen, deckt mehr zu, als es aufdeckt. Was sollte an einer rechten Überzeugung, die ich nicht teile, in einer Demokratie so grundsätzlich falsch sein? Und auch die äußerste Rechte, die Freiheitlichen, sind eine Partei im demokratischen Spektrum, zumindest dem Anschein nach. Demokratie, und da bin ich schon beim Thema dieser Veranstaltung, heißt doch wohl, Überzeugungen, Gedanken und Sätze zu ertragen, die einem gegen den Strich gehen. Ich gebe zu, dass mir dies manchmal sehr schwerfällt, aber es fällt mir wiederum leichter, wenn ich daran denke, daß den anderen mein Denken und Sprechen auch Probleme macht. Wir müssen einander aushalten und miteinander reden, notfalls mit gehobener Lautstärke und aller Leidenschaft. Aber diese Wollust der Ausgrenzung, ja der Vernichtung, die derzeit gegenüber dem anderen und dem Andersartigen mehr und mehr aufbrodelt, die müssen wir nicht ertragen, die müssen wir bekämpfen.

Eine bürgerliche Partei mit christlichen Wurzeln müsste gegen diese neue Barbarei auftreten, sie müsste mithelfen, dass Flüchtlinge wie Menschen behandelt werden und dass ihnen geholfen wird, soweit es irgendwie möglich ist. Man kann durchaus über das Mögliche diskutieren, man muss nicht auf dem Unmöglichen beharren. Eine demokratische Regierung, in welcher Zusammensetzung auch immer, müsste diesem grassierenden Fremdenhass entgegenreten, doch das explizite Gegenteil geschieht. Beinahe täglich sind von der jetzigen Regierung Vorschläge zu hören, was man den Flüchtlingen noch alles wegnehmen und welche Unterstützungen man immer weiter kürzen könnte. Eine Sozialministerin ist der Meinung, dass ein Flüchtling nicht mehr als 150 Euro im Monat braucht, um überleben zu können. Das ist übrigens laut Statistik jener Betrag, den Hundeliebhaber monatlich für Hundefutter ausgeben.

Sind denn alle verrückt geworden? Hat ein Land wie Österreich, welches in seiner Geschichte alle möglichen Ethnien aufgenommen und zum Nationalcharakter verschmolzen hat und gerade dadurch zu vielen kreativen Großtaten fähig wurde, seine Geschichte vergessen? In meiner Jugend war man stolz darauf, den flüchtenden Ungarn und den flüchtenden Tschechen großzügig Asyl gewährt zu haben, und dies zu Recht. Hat das Archlochtum, der Rückzug auf die schlimmsten Seiten des Charakters, das sture und stumme Verharren in der eigenen Trägheit, einen Siegeszug durch die österreichischen Lande angetreten?

Dieser Weg in die Erkaltung der Herzen, dieser allerneueste Klimawandel, hat einen symbolischen Anfang und kein absehbares Ende. Anfang der 90er-Jahre erfand der deutsche Journalist und Autor Kurt Scheel das Wort „Gutmensch“. Er hatte den Begriff auf grüne Bundestagsabgeordnete gemünzt, die strickend im Parlament saßen und immer alles besser wussten. Damals gab es die ersten Überfälle von Neonazis auf Flüchtlingsheime in Deutschland. Häuser brannten, Menschen starben. Als einige wenige Bürger den Neonazis entgegentraten, wurden sie von diesen als „Gutmenschen“ verhöhnt. Scheel war entsetzt und versuchte, mit allen Mitteln dagegen vorzugehen, vergebens. Der Teufel war schon aus dem Sack.

Seither verwenden immer mehr Rechte in allen Bräunlichkeitsstufen und Mitläufer aller Dummheitsgrade diesen Begriff zur Beschimpfung von Menschen, die gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenphobie auftreten, und gegen sol-

che, die – zumeist unentgeltlich – in karitativen Organisationen arbeiten. „Gutmensch“ ist zum großen Schimpfwort geworden, als wäre es höchst erstrebenswert, ein „Schlechtmensch“ zu sein.

Am 8. September 2015 geschah in Röszke, einem ungarischen Grenzort in der Nähe Serbiens, folgendes: Die ungarische Kamerafrau Petra László stellte einem syrischen Flüchtling, der ein Kind auf dem Arm trug und vor ungarischen Grenzpolizisten davonlief, ein Bein. Sie filmte die Szene: Der Mann fällt hin, begräbt das Kind halb unter sich, steht mühsam auf, das Kind weint, der Mann flucht. An dieser Stelle brach das Video ab. Das Video kam in die Medien, weltweit. Frau László verteidigte sich damit, daß sie Mutter von zwei Kindern sei und dass sie sich von den Flüchtlingen bedroht gefühlt habe. Das Video sprach eine andere Sprache. Schließlich sagte sie, sie könne sich ihr Handeln auch nicht erklären.

Kurz danach gab es ein anderes Vorkommnis an der ungarischen Grenze. Ein Flüchtlingskind fiel in den Morast, eine flüchtende Gruppe rannte auf das Kind zu. Der ungarische Kameramann Attila Kisbenedek riss das Kind an sich und lief mit ihm zur Seite. Die Menge wäre ansonsten über das Kind hinweggetrampelt. Petra László trat der rechtsradikalen Jobbik-Partei bei. Über das mutige Eingreifen von Attila Kisbenedek wurde in Ungarn geschwiegen.

Umso wort- und tatenreicher wurde die inzwischen staatlich verordnete Barbarei verbreitet. Wer Flüchtlingen in Hinkunft helfen wollte, musste damit rechnen, vom Staat gerichtlich verfolgt zu werden. Bald war auch in Ungarn von „Gutmenschen“ die Rede, denen man das Handwerk legen müsse. Die Diskriminierung und Kriminalisierung von Hilfsorganisationen nahm immer mehr zu: Die „Ärzte ohne Grenzen“ wurden diffamiert und bei ihren Versuchen zu helfen behindert. Schiffe, die Flüchtlinge aus dem Mittelmeer retteten, durften keine italienischen Häfen mehr anlaufen. Ein österreichischer Innenminister wollte Flüchtlinge in konzentrierte Lager verfrachten. Eine AfD-Abgeordnete antwortete auf die Frage, wie denn dies alles enden solle, mit zwei Worten: „Notfalls schießen“.

Die Höllenfahrt in die Unmenschlichkeit wird immer rasanter: Der Bürgermeister des süditalienischen Dorfes Riace, Domenico Lucano, wurde verhaftet und anschließend in die Verbannung geschickt. Er hatte in überwiegend leerstehenden Häusern seines Dorfes Migranten untergebracht. Noch im vorigen Jahr hatte Domenico Lucano dafür den Dresdner

Friedenspreis bekommen. Matteo Salvini, der italienische Innenminister, vermeldete auf Twitter, diesem Speibkübel für unfeine Herren, er hoffe, die „Gutmenschen“ würden jetzt begreifen, dass es ihnen an den Kragen gehe. Das Wort „Gutmensch“ hat längst sein Herkunftsland Deutschland verlassen. Die „Aquarius“, das letzte private Rettungsschiff, welches Flüchtlinge in Seenot aufnimmt, wird wohl demnächst seine Hilfe einstellen müssen. Panama, unter dessen Flagge das Schiff fährt, hat mitgeteilt, dass es die „Aquarius“ aus ihrem Schiffsregister streichen will.

Im September 2018 starben mehr als 200 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer. Zyniker der Macht, zu denen ich auch den österreichischen Bundeskanzler Kurz zähle, sagen, es müssten noch mehr Menschen ertrinken, um die Flüchtlinge von einer Flucht über das Meer abzuhalten.

Und in Österreich? An der Entwicklung in diesem Land leide ich besonders. Es ist ja auch mein Land. Als Sohn eines italienischen Einwanderers, welcher nie so recht in der deutschen Sprache ankam und es nicht bis an den Stammtisch der Einheimischen schaffte, habe ich lange genug gebraucht, dieses Land als mein Land zu empfinden. Ich will es mir von einem adrett zugerichteten jungen Mann in der Bundeskanzlerpose und von einer Horde Burschenschaftler in Ministerbüros nicht mehr nehmen lassen.

Diese Regierung ist politisch phantasielos und frei von Moral. Sie kommt ständig mit dem Anspruch des Neuen daher und ist uralte. Die rechten Regierungen nehmen den Schwächeren etwas weg und geben es den Stärkeren. Unter der lächelnden Maske verbergen sich Postengier und Herzenskälte. Das Rennen um Vermehrung der Kältegrade läuft.

Wie bei einem geplanten Coup ging man arbeitsteilig vor: Jeder hat seine Aufgabe und nachher teilt man die Beute. Herr Kurz bekam die Wirtschaft und schafft ein echtes Wirtschaftswunder für die Reichen und Herr Strache bekam die Polizei, das Militär, die Geheimdienste und sorgt seitdem dafür, dass wir uns tatsächlich wundern, was alles möglich ist.

In einer Art Ballspiel der Macht wurden die Staatsposten verteilt: Ihre Bezeichnungen wurden auf Bälle geschrieben, diese wurden in die Luft geworfen und die Postengierigen raufte sich darum. Jeder konnte behalten, was er fangen konnte. Eine ehemalige Generalsekretärin der ÖVP fing den Ball einer Präsidentin des Nationalrates, den sie aber gleich

wieder fallenließ, weil ihr ein Ball mit der Aufschrift Ministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus attraktiver erschien. Ein ehemaliger Innenminister, bekannt für seine Bisswütigkeit, riss den fallengelassenen Ball des Parlamentspräsidenten an sich und lächelt seitdem zwanghaft vor sich hin. Als Spitzenfänger erwies sich der Präsident der Wirtschaftskammer, er ergatterte sieben Bälle, also sieben Posten. Der einzige, der zu tolpatschig war, um einen Ball zu ergattern, war Herr Kickl. Er ging trotzdem nicht leer aus, weil man den Ball mit der Aufschrift Innenminister schon vorher für ihn zur Seite geschafft hatte.

Was diese Regierung macht, ist nicht nur ein moralischer Umsturz, vom Anstand zur Unanständigkeit, sondern vor allem ein politischer. Arbeiterrechte werden reduziert, Frauenvereinigungen wird die Unterstützung entzogen und Organisationen, die Immigranten helfen wollen, werden abgedreht. Alles soll in einer einzigen Behörde zusammengefasst werden, eine eigene Agentur für Fremdenwesen soll geschaffen werden, in dem von der Beratung der Flüchtlinge bis zur Abschiebung alles in den Händen von Beamten des Innenministeriums liegt. Private Hilfsorganisationen, Rechtsanwälte, Helfende sollen nichts mehr mitzureden haben. Das ist ein Staatsstreich in Zeitlupe gegen die Zivilgesellschaft, immer ein bisschen weiter nach rechts ins Menschenfeindliche, bis man dort ist, wo Herr Salvini und Herr Orbán schon sind.

Von muslimischen Männern sagt man, sie würden mit ihren Frauen besonders respektlos umgehen. Von der gegenwärtigen Regierung wurden viele Projekte von und für Frauen gekürzt oder gestrichen. Es sind sehr viele und ich zähle nur einige auf:

- ★ Das autonome Frauen- und Lesbenzentrum in Innsbruck wurde um 100 % gekürzt.
- ★ Das Nova-Lernzentrum in der Steiermark wurde zu 100 % gekürzt.
- ★ Der Arbeitskreis für Emanzipation und Partnerschaft in Innsbruck wurde um 20 % gekürzt.
- ★ Der Dachverband der burgenländischen Frauen, Mädchen und Familienberatungsstellen wurde gekürzt.
- ★ Die Projektförderungen der autonomen österreichischen Frauenhäuser wurden gekürzt.
- ★ Das Ansuchen für den Dokumentarfilm „40 Jahre Frauenhausbewegung“ wurde nicht bewilligt.
- ★ Die Förderung der feministischen Buchhandlung Chicklit wurde zu 100 % gestrichen.

- ★ Die Beratungsstelle Courage wurde um 10 % gekürzt.
- ★ Der österreichische Frauenring wurde um 20 % gekürzt.
- ★ Der Verein ARGE Frauengesundheitszentrum wurde um 100 % gekürzt.
- ★ Alle Frauen- und Mädchenberatungsstellen wurden gekürzt.
- ★ Die Genderabteilung im Sozialministerium wurde aufgelöst.

Wenn es also stimmen sollte, daß Muslime frauenfeindlich sind, dann muß diese Bundesregierung aus lauter Muslimen bestehen.

Eine der wichtigsten Einrichtungen, das sogenannte Jugend-College, wird gemeinsam von Diakonie, Caritas und der Gemeinde Wien betrieben. Dort wird für tausend hauptsächlich junge Flüchtlinge Basisbildung vermittelt, um ihre Integration zu ermöglichen. Dieses so wichtige College wurde heuer um 50 % gekürzt und soll nächstes Jahr völlig aufgelöst werden.

Alle Programme, alle Einrichtungen, welche mithelfen sollen, die Konflikte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen zu lösen, Lernräume für ausländische Kinder zu schaffen, wurden gekürzt oder aufgelöst.

Die Mittel für Deutschkurse wurden generell gekürzt.

Junge Flüchtlinge, die einen Asylantrag gestellt und einen Ausbildungsplatz als Lehrling gefunden haben, wurden und werden abgeschoben.

Die Wahrheit ist: Diese Regierung will keine Integration.

Gefördert hingegen werden rechtsextreme Medien wie beispielsweise die Internet-Zeitung „Unzensuriert“, deren Chefredakteur in Herrn Kickls Büro sitzt. Oder die Zeitschrift für die gehobene Hetzerei, „Zur Zeit“. Oder das antisemitische Blatt „Alles Roger?“ oder der rechtsextreme „Wochenblick“ und so weiter. Es geht immer weiter ins Rechtsextreme, aber ich wiederhole mein Argument, dass damit nicht alles erklärt ist. Herr Gudenus hat einen afghanischen Flüchtling, der in Österreich als Lehrling arbeitet, zum Sympathisanten einer Terrororganisation erklärt. Als sich das Ganze als Lüge herausstellte, hat er den Irrtum seiner Recherche zwar bedauert, war aber zu keiner Entschuldigung gegenüber dem Lehrling bereit. Herr Gudenus gehört sicher zum Stoßtrupp der Rechten, aber er ist auch ein Riesenarschloch. Ich wider-

rufe diesen Ausdruck und verfeinere meine Wortwahl: Herr Gudenus ist ein sozial verwaahlter Mensch.

Herr Kickl verkündet die Absicht, bei einem Menschen, der einer Straftat verdächtigt wird, die Nationalität zu nennen, sofern dieser ein Migrant ist. Ich halte das für eine mehr oder weniger unverhohlene Aufforderung zur Menschenjagd. Die meisten Menschen töten nicht, rauben nicht, vergewaltigen nicht, aber die meisten Menschen halten die meisten Menschen für fähig, solche Taten zu begehen, vor allem, wenn es sich um Ausländer handelt. Sie wirken, angeleitet von den Hirnlöchern in den Boulevard-Zeitungen, förmlich erlöst, wenn wieder jemand dingfest gemacht wird.

Die verdächtigen Eigenschaften, welche Menschen bei anderen Menschen, hauptsächlich Fremden, wahrnehmen, schlummern zumeist in ihnen selbst. Die Ungeheuer, die man überall sieht, rumoren unsichtbar in der eigenen Brust. Die Vorstellung, die Hölle seien immer die anderen, ist die verbreitetste und unrichtigste. Die Kindesmisshandlungen, die Frauenmisshandlungen begeht höchst selten der dunkle Mann im Park, sondern fast immer der eigene Vater oder Gatte hinter verdeckten Fenstern. Hinter den scheinbaren oder tatsächlichen Taten von wenigen verstecken sich die Abgründe von vielen.

Herr Strache betont immer wieder, dass seine Partei nicht rechtsradikal sei, dann sagen wir es eben anders: Sie ist radikal rechts. Und wenn im Keller einer schlagenden Verbindung Liedtexte gefunden werden, in denen man verspricht, noch eine weitere Million Juden zu ermorden, dann kann man wohl annehmen, dass solche Sätze nicht nur in den Tiefen des Kellers, sondern auch in den nicht mehr fassbaren Untiefen der Charaktere dieser Leute lauern. Und wenn der Kellermeister zwar suspendiert, aber nach einigen Monaten wieder inthronisiert wird, dann ist jegliche Schamgrenze in dieser Republik bei weitem überschritten.

Immer wenn Mitglieder der FPÖ einen braunen Rülpsen von sich geben, oder noch schlimmer, ein solches Gedanken-gut erbrechen, dann sprechen sie nachher von einem Missverständnis. Wer das Wesen dieser Partei besser verstehen will, der muss nur die Missverständnisse einer einzigen Woche zusammenzählen.

Und Herr Kurz? Er schweigt zu alledem, und das macht ihn zunehmend zum verlängerten Braunen. Am Anfang sei-

nes politischen Weges war er mir nicht ganz unsympathisch. Kübel voller Häme ergossen sich über ihn, ob seiner Jugend und außerdem hatte er eine sachliche Art mit Flüchtlingen und über Flüchtlinge zu reden. Irgendwann muss er entdeckt haben, dass es zielführender ist, sich selbst und andere zu beraten, um schneller voranzukommen.

Es gibt eine Karikatur von Gerhard Haderer, die nicht abgedruckt wurde, auf der man Herrn Kurz mit einem braunen Haufen auf dem Kopf sieht. Er schaut angestrengt in eine imaginäre Menge, der Gestank ist ihm ganz nah und er sagt: „Braune Haufen, wo?“ Seinen Gesichtsausdruck nennt man Message Control.

Herr Kurz ist eine einzige Oberfläche geworden. Er ist kein Mann ohne Eigenschaften, sondern einer mit sehr vielen, vor allem solchen, die gerade gefragt sind. Er hängt sein Mäntelchen immer in jenen Wind, den er selbst erzeugt. Ständig redet er von der Balkanroute, die er geschlossen hätte, und wenn das keiner mehr hören kann, spricht er von Anlandezentren in Afrika. Und als auch diese sich als Windwachelei entpuppen, erfindet er die nächste. Populisten wie ihm, diesen Wellenreitern des Augenblicks, fällt immer etwas ein. Er vertritt eine Meinung und sieht von ihr ab, wenn ihm eine andere opportuner erscheint. Er nennt arbeitende Menschen Durchschummler, will sie aus dem Faulbett sozialer Überversorgung herausholen, und wenn ihm solches politisch nicht guttut, erklärt er, dass er ein Herz für Arbeiter hätte, schließlich sei sein Vater einmal arbeitslos gewesen. Dieser Mann sagt alles, besonders das Gegenteil. Er herzt sich mit Orbán, und als diese Zungenküsserei schal wird, stößt er ihn von sich. Es wird wieder eine Gelegenheit zur Umarmung geben, ganz wird er seinen Geistesbruder schon nicht auslassen.

Herr Kurz versammelt als Erlöser seine Gläubigen auf einem steirischen Kernölberg und speist sie mit gemeinsamen Selfies. Es ist wirklich ein Wunder, in welcher lichten Höhen die politische Oberflächlichkeit dieses Landes gerade versinkt.

Regierungen leben nicht in Übereinstimmung mit ihren Untaten. Immer muss ihrem Machtbedürfnis ein edles Motiv unterschoben werden, vorwiegend dieses: Die Maßnahmen der Regierung seien ja letztendlich im Interesse der Betroffenen. Letztendlich garantiere der 12-Stunden-Tag mehr Freizeit für die Arbeitnehmer. Letztendlich sei eine Abschiebung für Flüchtlinge preislich günstiger als eine Rückkehr auf eigene Kosten in ihr Ursprungsland. Und selbst das Einsper-

ren und Wegsperrern von Asylwerbern in konzentrierte Lager würde letztendlich zu deren eigener Sicherheit beitragen. Hier wird mit dem Brustton der Überzeugung die Verschlechterung der Lage von Arbeitern, Minderheiten und Flüchtlingen als gute Tat für die Betroffenen ausgegeben.

Auch ich möchte ein Foto machen, eine Art Momentaufnahme dieser Regierung. Was wir vor uns haben, was wir sehen, sind des Kaisers allerneueste Kleider: Die Niedertracht als Staatsgewand.

„Wer hier nicht ist, der ist gar nicht.“ Dies sagte Herr Rosam, ein Werbechef, bei einem Treffen von sogenannten Stützen der Gesellschaft. Das ist die präziseste und größtenwahnsinnigste Beschreibung unserer derzeitigen Gesellschaft. Manche sind ausersehen und im Lichte, und der Rest ist Lurch, den gibt's gar nicht.

Ich möchte über die Missachtung reden, welche diese Regierung und ihre Apologeten gegenüber der Arbeiterklasse betreiben. Die Epizentren dieser Verachtung sind die bürgerlichen Fressveranstaltungen, die Events mit Buffet. Die am häufigsten geäußerten Sätze bei solchen Zusammenrottungen der feineren Art lauten, dass diese oder jene Opernsängerin das hohe C mühelos erreicht hätte und dass heutzutage schon jeder Prolet einen Mercedes fahren würde. Die Arbeiterklasse wird ununterbrochen verdächtigt: der Lohntreiberei, der Sozialschmarotzerei und der Faulenzerei. Außerdem sei sie ja historisch überholt, und daher gebe es sie eigentlich gar nicht mehr. Diese Suada der Abwertung setzt nur aus, wenn die eigene Wohnung billig renoviert werden soll oder das Abflussrohr des wcs verstopft ist. Dann muss die angeblich nicht vorhandene Arbeiterklasse dringend her und möglichst schnell wieder weg.

Seit die kapitalistische Ideologie auf allen Ebenen triumphiert, hat sie aufgehört, eine solche zu sein, und hat sich selbst in den Stand einer Religion erhöht. Das oberste Dogma, sozusagen der erste Verkündigungssatz dieser neuen Religion, lautet: „Geht's der Wirtschaft gut, geht es allen gut.“ Dieser Glaubenssatz wird vom ORF, einer Art Ashram der neuen Religion, ständig wiederholt. Der erste Teil dieses Konditionalsatzes ist ja auch wahr. Der Wirtschaft, oder genauer gesagt ihren führenden Betreibern, geht es gut.

In den letzten zehn Jahren sind die Gagen der Manager um mehr als das Hundertfache im Vergleich zu den Mindest-

löhnen von Arbeitern oder gar Arbeiterinnen gestiegen. Solche Gagen werden bezahlt, weil die Gewinne der Firmeneigner in noch wesentlich größerem Maße gestiegen sind. 80 Prozent des Aktienkapitals befinden sich in Österreich derzeit in der Hand von zwölf Familien. Immer mehr Grundbesitz sammelt sich bei immer weniger Leuten an. Der allseits bekannte Satz, „die Reichen werden immer reicher“ lässt sich nur noch mit einem Wort aus der Sportsprache erweitern: Sie werden es immer rasanter.

Der zweite Teil des Verkündigungssatzes „Gehts der Wirtschaft gut, geht es allen gut“, also die Feststellung, dass das Wohlbefinden von wenigen zum Wohlergehen aller führt, ist schlicht und einfach unwahr. Der Anteil der Löhne von Arbeitern und Arbeiterinnen am Volkseinkommen ist in den letzten zehn Jahren von 71 auf 58 Prozent gesunken. Laut Statistik gibt es in Österreich 1.563.000 Menschen, die man als armuts- und ausgrenzungsgefährdet bezeichnet. Diese Zahlen spiegeln nicht nur die politische Gleichgültigkeit der derzeitigen Regierung wider, sie zeigen auch die Versäumnisse vergangener Regierungen auf.

Wer ein Lohnempfänger ist, musste sich in den letzten Jahren als Dauersünder empfinden, denn er war ein Verursacher von Lohnnebenkosten. Wovon ich nichts oder nur selten höre, das sind die Gewinn-Nebenverschiebungen von jenen Millionen und Milliarden, welche größere Unternehmungen an der Versteuerung vorbei ins Ausland verschieben. Das sind nach sehr vorsichtigen Schätzungen jährlich zehn Milliarden Euro. Aber auch Gewinne, die deklariert werden, werden von Großunternehmungen nicht versteuert. So beziffert (inoffiziell) eines der größten Wiener Finanzämter den Stand seiner uneinbringlichen Forderungen auf 8 Milliarden Euro. Auf meine Frage, warum es hier keine gerichtliche Verfolgung gibt, bekomme ich die (inoffizielle) Antwort, die Akten würden „nach oben“ gehen und dort verschwinden. Dieser liturgische Vorgang ist nicht Teil der Verkündigung.

Gegen diesen Raub am österreichischen Volksvermögen vorzugehen wäre eine mutige Aufgabe für den jungen Kanzler gewesen. Stattdessen geht er gegen Flüchtlinge und Arbeitslose und alleinerziehende Frauen mit geringem Einkommen vor, um ihnen das Leben noch schwerer zu machen.

Diese Verachtung für die Arbeiterklasse gilt auch ihren politischen Vertretern. Der unvermeidliche Herr Gudehus beschreibt in einem Interview das Ziel dieser Regierung:

Der Arbeiter soll endlich aus seiner Bevormundung durch die Funktionäre befreit werden. Und der Chef der Jungen Industriellen assistiert ihm: In seinem Betrieb würden er und seine Arbeiter keine Funktionäre brauchen.

Es lohnt sich, die alten Publikationen des Ständestaates zu lesen. Nachdem man die Arbeiterklasse und ihre Vertreter politisch – und teilweise auch physisch – vernichtet hatte, schrieb man folgendes: „Hader und Streit verlässt nunmehr unser Volk. Der werktätige Mensch, befreit von seiner Klassenzugehörigkeit, und einem ins Niemandsland führenden Internationalismus, wird hinübergeführt in die Zugehörigkeit zum gesamten österreichischen Volke. Er braucht keine Klassenvertreter mehr, keine Funktionäre der Spaltung, er ist frei und gliedert sich seinem Stande gemäß freiwillig in das Volksganze ein. Gemeinsam und begleitet von Gottes Segen marschieren wir den lichten Höhen einer strahlenden Zukunft entgegen.“ Der Marsch führte direktissimo in den Austrofaschismus.

Ich sage nicht, dass die derzeitige Regierung eine austrofaschistische ist, außer man hält das manchmalige Wackeln mit Dollfuß-Devotionalien für bedrohlich. Ich rede davon, dass eine Sehnsucht nach autoritären Verhältnissen unsere Geschichte durchzieht, nach Aufhebung der Widersprüche, dem Ende von Streit und Hader, nach Friede, Freude, Fahnen und Marmorkuchen. Diese Sehnsucht ging und geht immer auf Kosten der Arbeiterklasse: Sie soll ihre Errungenschaften preisgeben, sie soll aus ihren Organisationen austreten, sie soll ihre Funktionäre verächtlich machen lassen, sie soll alle ihre Organisationsformen auflösen, und das nennen sie dann die Wiedergewinnung der persönlichen Freiheit.

Für viele arbeitende Menschen, vor allem solche, die nicht in den Metropolen wohnen, die pendeln müssen, bedeutet diese Freiheit folgendes: Eine bis zwei Stunden Fahrt zum Arbeitsplatz, zwölf Stunden Arbeit, eine bis zwei Stunden Heimfahrt vom Arbeitsplatz, Eintreffen in der eigenen Wohnung meist erst lange nach Eintritt der Dunkelheit, eine bleierne und traumlose Nacht und die ewige Hoffnung auf einen Hauptgewinn im Lotto.

Wir leben in einem System, das am Ende alle auffrisst. Auch etliche Manager, mit oder ohne Boni, kommen im Dunkeln nach Hause, müde und leer, nachdem sie tagsüber die umfassende Entschlossenheit gemimt haben.

Ein nicht unerheblicher Teil der österreichischen Arbeiterklasse hat ein etwas dunkleres Gesicht. Die sommerlichen Erntehelfer, die zumeist aus Bulgarien und Rumänien kommen, arbeiten zwölf Stunden und bekommen dafür im Durchschnitt 2,50 Euro pro Stunde. Wenn Schlechtwetter aufzieht, wenn es Regen und Sturm gibt, entfällt die Arbeit, aber auch der Lohn. Der gesetzlich vorgeschriebene Lohn liegt bei etwas über sechs Euro, aber fast kein Arbeitgeber in Österreich hält sich daran. Man muss sich das vorstellen: Zwölf Stunden in der sommerlichen Hitze durcharbeiten für 2,50 Euro pro Stunde.

Auf den österreichischen Baustellen, auch dort mehrheitlich dunklere Gesichter, arbeiten viele, die überhaupt nicht gemeldet sind. Wenn man die Baustelle betritt, verschwinden sie sehr schnell. Die Subfirmen, die sie schicken, bezahlen ihnen im Schnitt etwas mehr als zwei Euro pro Stunde. Laut Kollektivvertrag müssten es 12,88 Euro sein.

Österreich ist ein partieller Sklavenhalterstaat mit der höchsten Anzahl an Festspielen. Warum so viele, vor allem höhere Repräsentanten der Sozialdemokratie, geradezu rudelartig bei Festspielen auftauchen, aber noch kaum bei ausgebeuteten Erntehelfern zu sehen waren, können Sie besser beantworten als ich. Vielleicht ist es wichtiger, bei großen Festivals zu repräsentieren, wir sind ja eine repräsentative Demokratie. Bevor man in die Abgründe dieser Gesellschaft schaut, schaut man lieber zur Seite. Das nennt man Seitenblicke. Man kann auch in schlechte Gesellschaft geraten, indem man sich zuviel in der guten Gesellschaft aufhält.

Möglicherweise glorifiziere ich die Arbeiterklasse, aber es ist für mich in Ordnung, dass sie, die vielgeschmähte und immer wieder für tot erklärte, etwas Glorie abbekommt. Ich weiß auch, dass viele Arbeiter, viel zu viele, die FPÖ wählen, und ich kann nicht überhören, welche Blödheiten sie manchmal über Flüchtlinge von sich geben. Ich tröste mich dann, daß die Unterstellungen aufhören, wenn sie miteinander pfeuschen und auf ein Bier gehen. Mein wirklicher Widerwille gehört den akademisierten Fremdenhassern, die keinen persönlichen Kontakt zu Flüchtlingen haben, aber mit Zahlen und Tabellen bewaffnet vom kommenden Untergang des Abendlandes faseln.

Manche werden glauben, ich sei ein Propagandist des Klassenkampfes. Das war ich einmal und bin es nicht mehr. Als ich in den 70er- und 80er-Jahren ausführliche Lesetourneen in den damals sozialistischen Ländern machte, lernte ich

etliche Staatsvertreter kennen. Die Leute waren kein Widerwort mehr gewohnt und gewöhnten sich an die permanente Rechthaberei. Wer immer das letzte Wort im Politischen wie im Persönlichen hat, weil er die uneingeschränkte Macht hat, wer mit keinem Widerspruch mehr rechnen muss, wer für seine Ideen und Überzeugungen nicht mehr streiten muss, weil alles schon entschieden ist, wer also immer das letzte Wort hat, der läuft Gefahr, dass es das dümmste ist. Ich bin für Parität, ich bin für Auseinandersetzungen jeglichen Hitzegrades, ich bin für gleichberechtigte Streitparteien, ich bin, wenn Sie so wollen, für Don Camillo und Peppone.

Und dennoch findet ein Klassenkampf statt, und zwar von oben nach unten. Diese Regierung nimmt den Schwächeren und gibt den Reicherem, und trotz aller Jonglierkünste dieses populistischen Kanzlers zahlen am Ende die Arbeiter, die Arbeitslosen, die alleinerziehenden Mütter mit niedrigem Einkommen und die Flüchtlinge drauf. Die Heilsverkündungen der neuen Religion bedeuten für sie kein Heil, sondern Unheil.

Diese Regierung sagt anderes, aber sie redet ja am liebsten mit sich selbst. Es heißt immer wieder, dass die Sozialdemokratie noch nicht in der Opposition angekommen sei. Das ist möglich, aber ich stelle eine Gegenfrage: Ist diese Regierung schon in der Demokratie angekommen? Sie verweigert das Gespräch mit der Arbeiterklasse und ihren Funktionären, sie versucht Betriebsräte mundtot zu machen, und das hat nichts mit Demokratie zu tun.

Auch an die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei habe ich eine Frage: Ist das Innenleben Ihrer Partei so desaströs, dass Ihre Vorsitzenden nichts wie weg wollen? Als Autoverkäufer nach Argentinien, als Handlanger zu kasachischen Potentaten oder wohin auch immer. Oder ist das Innenleben der Parteivorsitzenden so desaströs, dass der Wink mit mehr Geld zur Jobhopperei und zum Verlassen aller Prinzipien führt?

Ich weiß, dass Sie vieles von dem, was ich sage, schon wissen. Aber manchmal ist es wichtig, die beinahe täglichen Scheußlichkeiten zu rekapitulieren, um das ganze Panorama der Barbarei sichtbar zu machen. Es droht die Gefahr, dass aus dem Täglichen das Alltägliche wird.

Ich glaube nicht, dass wir in eine braune Vergangenheit stolpern, schon eher in eine feige Zukunft. Wann immer sich

die Demokratie in diesem Lande verengt, wenn der Kampf um die Posten härter wird, steigt die Hosenscheißerei. Das Maulen in den Kantinen und in den Gängen nimmt zu, aber wenn es darum geht, der obrigen Stelle seine Meinung zu sagen, wird es still. Und wenn man die Leute fragt, warum sie ihr Maul nicht aufgemacht haben, dann heißt es, sie hätten zwar laut „Jawohl“ gesagt, aber einen tiefen inneren Widerstand dabei empfunden. Manchmal habe ich das Gefühl, das ganze Land befindet sich derzeit im inneren Widerstand.

Ein kurzes Beispiel in eigener Sache: Vor dem Sommer wollte der ORF mit nachhaltiger Willensbekundung die Stücke „Auf der Flucht“ von Daniel Kehlmann und mein Stück „Fremdenzimmer“, die derzeit am Theater in der Josefstadt gespielt werden, aufzeichnen. Beide Stücke handeln von Flüchtlingen. Am Ende des Sommers wurde mit der Begründung, es gebe für diese Stücke „keinen Raum im Programm“ die Aufzeichnung abgesagt. Das kann von ein paar Feiglingen ausgegangen sein, die sich im Geiste der neuen Herren verhielten, oder wir sind einfach nicht gut genug für die qualitativ so besonders hochstehenden Maßstäbe des ORF.

Am Ende des Sommers habe ich damit begonnen, ein neues Theaterstück zu schreiben. Ich erzähle Ihnen kurz den Plot des Stückes: Ein Bundeskanzler, sein Name tut nichts zur Sache, er agiert im Hintergrund und tritt nicht persönlich auf, wünscht sich vom Chef des Aufsichtsrates einer großen Tageszeitung die Entfernung des liberalen Chefredakteurs. Der Aufsichtsrat heißt Hames, der Chefredakteur Eder. Die Nachricht von der bevorstehenden Entlassung des Chefredakteurs verbreitet sich wie ein Wirbelsturm in der Stadt. Etliche Vertreter einer kritischen Öffentlichkeit sind bereit, ihm beizustehen. Am nächsten Tag steht in der betreffenden Zeitung, daß der Chefredakteur seinen Posten an eine rechtsstehende Kollegin abgetreten hat. Dafür werde er Herausgeber und sei mit allem einverstanden. So schaut's aus in Österreich, natürlich nur am Theater.

Wir alle haben Verpflichtungen, die unseren Mut in Grenzen halten: Wir wollen unseren Job nicht verlieren, wir müssen Kinder versorgen, wir müssen die Kreditraten zurückzahlen. Aber es gibt Zeiten wie diese, in denen wir einfach versuchen müssen, die Grenzen unseres Mutes etwas zu erweitern. Zu viel verschluckte Luft schadet der Demokratie.

Das Schöne, das ich zu berichten habe, kommt zum Ende dieser Rede, welches unmittelbar bevorsteht. Bei meiner som-

merlichen Erkundung des Landes bin ich auf außergewöhnliche Menschen gestoßen: Auf junge Gewerkschafter, die von Feld zu Feld gezogen sind und versucht haben, die Erntehelfer über ihre Rechte aufzuklären. Menschen, vorwiegend Frauen, die Flüchtlingen halfen und dies als Bereicherung ihres Lebens bezeichneten. Junge Leute von der Caritas, vorwiegend Frauen, welche Flüchtlinge bei ihren Amtswegen begleiteten und ihnen bei vielen Alltagsdingen halfen, ehrenamtlich. Und selbst ein gestandener Gewerkschafter, Herr Muchitsch, bezeichnete die Verhältnisse am Bau als das, was sie sind: „Menschenhandel“. Solche klaren Worte lassen für die Zukunft hoffen. Und noch eine Hoffnung habe ich: Spätestens dann, wenn die Straches dieser Welt im Altersheim liegen und jemanden brauchen, der ihnen den Hintern auswischt, werden sie merken, wie segensreich Zuwanderung ist. 🍷

PETER TURRINI (*1944) zählt zu den bedeutendsten zeitgenössischen Schriftstellern Österreichs, wurde vielfach ausgezeichnet und lebt in Kleinriedenthal bei Retz.



Hunger nach dem Krieg. Frauen und Kinder durchstöbern einen Mistplatz, Wien 1920

Aus: Das interessante Blatt, 3. März 1920

Foto: Josef Perscheid

© ÖNB / ANNO / Wien Museum

DIE AUSRUFUNG DER REPUBLIK AM 12. NOVEMBER 1918

WIEN MUSEUM



Die US-Demokraten nach der Midterm-Wahlen

In den Midterm-Wahlen in den USA haben die Demokraten das Repräsentantenhaus erobert, im Senat jedoch haben die Republikaner weiterhin eine Mehrheit. Der zu erwartende Patt ist eingetreten. Über einige überraschende Entwicklungen des Wahlkampfes der Demokraten und die Lage der Linken bei der Democratic Party informiert [Hanna Lichtenberger](#).

„Ich muss drei Monate ohne Gehalt über die Runden kommen, bevor ich Mitglied des Kongresses im Jänner werde. Wie soll ich mir also ein Apartment leisten?“, fragt Alexandria Ocasio-Cortez. Sie ist die jüngste Frau, die jemals in das Repräsentantenhaus der USA gewählt worden ist und wird ab Jänner 2019 den 14. Wahlbezirk New Yorks (Queens und Bronx) dort vertreten. Schon im Vorfeld der Wahl war eine Menge über Ocasio-Cortez berichtet worden: Bei den demokratischen Vorwahlen schlug sie unerwartet den Amtsinhaber Joe Crowley, der vielfach als Teil der „Corporate Democrats“ bezeichnet wurde, jener Gruppe, an DemokratInnen, die sich von Großspenden abhängig machen – und zwar auf der Basis eines „demokratisch-sozialistischen“ Programms. Ocasio-Cortez ist aber nicht die einzige Kandidatin, die sich mit Außenseiterchancen gegen alteingesessene Eliten der Demokraten mit 15 Prozent Vorsprung durchsetzen konnte. Vielmehr ist ihr Sieg in den Vorwahlen Ausdruck für tiefgreifende Veränderungen in Politik und Gesellschaft.

DIE WAHLRESULTATE

Am 6. November standen in den USA alle Sitze des Repräsentantenhauses, ein Drittel der Sitze des Senats sowie die Gouverneurinnen und Gouverneure in 36 Staaten und drei Territorien (Guam, Amerikanische Jungferninseln, Nördliche Marianen) zur Wahl. Bei den Gouverneurswahlen waren Demokraten insofern im Vorteil, als dass nur neun demokratische, aber 26 republikanische Amtsinhaber zur Wiederwahl standen. Wichtig sind die gewonnenen Gouverneurssitze für die Wahl 2020, weil der Neuzuschnitt der Wahlkreise stattfindet, der in die Kompetenz der Bundesstaaten fällt.

Im Repräsentantenhaus verfügten die Republikaner nach den Wahlen im November 2016 über eine Mehrheit mit 241

zu 194 Sitzen. 218 Sitze sind für die Mehrheit im Haus notwendig – mit mindestens 40 gewonnenen Sitzen in der Wahlenauseinandersetzung 2018 steht es nun für die Demokraten 235 zu 199, wobei ein Sitz zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels noch unentschieden ist.

Über eine Mehrheit im Senat verfügen die Republikaner weiterhin – sie konnten ihre Mehrheit mit 47 zu 53 Sitzen sogar ausbauen, wobei zwei der Sitze der demokratischen Fraktion, nämlich jener von Bernie Sanders aus Vermont sowie der von Angus King aus Maine von unabhängigen Senatoren bekleidet werden. In vier Bundesstaaten verloren die Demokraten ihre bisherigen Senatsposten an Republikaner: in Indiana, in Florida, in Missouri und in North Dakota. Zu bemerken ist, dass die Ausgangslage hier für die Republikaner insofern besser war, als wesentlich mehr Senatorensitze zur Wahl standen, die bisher von Demokraten besetzt waren.

Für Donald Trump bedeutet der Ausgang der Wahl nun ein erweitertes Kontrollrecht durch die oppositionellen Demokraten im Repräsentantenhaus – diese können nun Kontrollkommissionen einberufen, Dokumente einfordern und im Falle ihrer Geschlossenheit bestimmte Gesetze blockieren. Auch ein Amtsenthebungsverfahren ist denkbar. Die Mehrheit der Republikaner im Senat bewahrt Trump aber vor einer Amtsenthebung, weil der Senat in diesem Fall mit einer Zweidrittelmehrheit entscheidet.

VERÄNDERUNGEN BEI DEN DEMOKRATEN

Die Wahlen wurden nicht nur in den USA, sondern auch international mit Spannung beobachtet – vor allem, weil sie als Nagelprobe für Donald Trump galten. Letztendlich ging Trump insofern gestärkt aus der Wahl, als vor allem die

Trump-nahen Republikaner ihre Sitze verteidigen oder gewinnen konnten, während stärker dem republikanischen Establishment der GOP zugehörige KandidatInnen Verluste erlitten hatten.

Aus progressiver Perspektive waren die Vorwahlen der Demokraten und die Wahlauseinandersetzung insgesamt interessant, weil sie nach der Niederlage Hillary Clintons in den Präsidentschaftswahlen richtungweisend für die Zukunft der Demokraten war. „Jünger, weiblicher, bunter“ – so oder so ähnlich resümierten viele europäische Medien den Ausgang der Wahlen zum Repräsentantenhaus. Tatsächlich noch nie waren so viele Frauen ins Rennen um Sitze im Repräsentantenhaus gegangen – und noch nie gab es so viele schwarze KandidatInnen, die wie Andrew Gillum (demokratischer Kandidat für den Gouverneur von Florida) und Stacey Abrams (Gouverneurkandidatin in Georgia) mit real existierenden Chancen in die Auseinandersetzung um wichtige Funktionen gegangen sind.

Die Diagnose „Jünger, weiblicher, bunter“ nimmt aber einen interessanten Aspekt der Entwicklungen bei den Demokraten nicht in den Blick: die besondere Dynamik der Wahlkampagnen demokratischer SozialistInnen und progressiver KandidatInnen. Sie konnten sich zumindest einigenorts gegen das Establishment der Demokraten durchsetzen und einige Achtungserfolge gegen die Republikaner einfahren. Namen wie Ocasio-Cortez, Ilhan Omar und Rashida Tlaib verweisen nicht nur darauf, dass schwarze Frauen oder Frauen mit Migrationsgeschichte Mandate im House erringen konnten, sondern auf die tiefgreifenden Veränderungen innerhalb der Demokraten, die Krise des Establishments der Partei und die Stärke der demokratisch-sozialistischen Bewegung seit Bernie Sanders' Vorwahlkampf in den USA.

EIN BLICK ZURÜCK

Clintons Niederlage gegen Donald Trump im November 2016 hat eine lange Vorgeschichte. Sie ist verbunden mit der schwachen Amtszeit ihres Vorgängers Barack Obama, mit der Wirtschaftspolitik ihres Mannes Bill Clinton, die zur Erosion der ArbeiterInnenklasse im Nordosten der USA führte, mit Hillary Clintons Außenpolitik, mit den engen Beziehungen zwischen dem Establishment der Demokraten zu Wallstreet und ökonomischen Eliten, und auch mit der schleichenden Demobilisierung weiter Teile der eigenen Kernschichten, die die Demokratische Partei seit Jahrzehnten betrieb. So war

Clinton in der Auseinandersetzung gegen Donald Trump die Kandidatin großer Banken, Konzerne und der liberalen politischen Elite der USA, die sich auch der Unterstützung der Wall Street sicher sein konnte, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung schon im Mai 2016 titelte. Für ihre Präsidentschaftskandidatur bedeutete dies vor allem, auch ohne breitere Mobilisierung von Kleinspender_innen ihre parteiinterne Kampagne finanzieren zu können: Nur 20 Prozent ihrer Wahlkampfspenden kamen von Personen, die weniger als 200 Dollar gespendet hatten. Zu Clintons Hauptgeldgebern für ihre Wahlkampagne zählten die City Group Inc., Goldman-Sachs, DLA Piper, JP Morgan, Time Warner, Lehmann Brother's, Cablevision Systems und Morgan Stanley.

In ihrer letztes Jahr erschienenen Abrechnung „What Happened“ begründete Clinton ihre Wahlniederlage aber unter anderem damit, dass Hass, Rassismus und Aggressivität wieder Einzug in die Politik genommen hätten. Clinton betont, ein zentraler Grund für den Ausgang der Wahlen seien Sexismus und Frauenhass gewesen, der ihr entgegenschlug – und zwar nicht erst in der Auseinandersetzung mit Trump, sondern auch in den Vorwahlen von den Unterstützern von Bernie Sanders'. Immer wieder versuchte Clinton, sich während der parteiinternen Vorwahlen als einzig legitime Wahl für Frauen darzustellen und Kritik an ihr als Kritik an Frauen in der Politik im Allgemeinen zu brandmarken. Dabei eilten ihr wichtige Frauen aus der demokratischen Partei zur Hilfe, um dieses Argument zu untermauern. Die damalige Vorsitzende des Democratic National Committee, Debbi Wasserman-Shulz, ließ den jungen Frauen ausrichten, sie seien „selbstgefällig“, wenn sie Clinton nicht unterstützen wollten. Madeleine Albright unterstellte den jungen Frauen in der Kampagne von Sanders, sie verstünden nicht, dass der Kampf um die Gleichheit der Geschlechter noch lange nicht vorbei sei. Die jungen Frauen sollten wissen, dass für Frauen, die anderen Frauen nicht helfen, ein besonderer Platz in der Hölle reserviert sei. Gloria Steinem, eines der bekanntesten Gesichter der feministischen Bewegung in den USA, spekulierte in einer TV-Show über die Gründe, warum viele junge Frauen für „A Future to Believe in“, den Wahlkampflogan von Sanders, kämpften: „Wenn du jung bist, denkst du: Wo sind die Jungs? Die Jungs sind bei Bernie.“

Reduziert man jedoch frauenpolitische Themen nicht auf „gleiche Karrierechancen“, wird schnell klar, warum so viele Frauen Sanders unterstützen. Sie sind in den USA überproportional von Kürzungen und Privatisierungen im Sozialbereich

betroffen, sie arbeiten häufiger im Niedriglohnsektor und verlieren bei Kündigungen in Betrieben schneller ihren Job. Sanders umfassendes Statement zu frauenpolitischen Themen beinhaltet ein felsenfestes Bekenntnis zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch – auch wenn Sanders' Kritik am Establishment von „Planned Parenthood“ übte. Feministinnen kritisieren, dass die Clinton Foundation große Spenden von Staaten wie Oman, Algerien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien erhielt – Staaten, in denen von einer rechtlichen Gleichstellung von Frauen keine Rede sein kann.

Sanders und seine Kampagne übten aber vor allem Kritik an Clinton aufgrund ihrer Verwobenheit mit ökonomischen Eliten. Von 1986 bis 1992 war sie im Vorstand von Walmart und verhielt sich ruhig, als das Unternehmen eine breite Kampagne gegen Gewerkschaften fuhr, die Walmart-Mitarbeiter_innen organisieren wollten. Auch wenn Clinton ihre Rolle in diesem Unternehmen gerne verschwieg, blieb Walmart ihr doch verbunden. Bei den demokratischen Vorwahlen 2013 spendete Walmart-Erbin Alice Walton, die als zweitreichste Frau der Welt gilt, 25.000 Dollar und damit die höchstmögliche Summe. Zwei Drittel der Beschäftigten bei Walmart sind Frauen. Monatelang kampagnisierte Sanders vor- und nach der Wahl die miserablen Löhne im umsatzstärksten Unternehmen der Welt, die MitarbeiterInnen dazu zwingen, von Lebensmittelmarken zu leben. Sanders' Wahlprogramm versprach die Umsetzung des 15-Dollar-Mindestlohns bis 2020. Zwei Drittel aller Mindestlohnbezieher_innen in den USA sind Frauen – das mag ein Mitgrund gewesen sein, wieso Sanders auch Unterstützerinnen in den Vorwahlen fand. Darüber hinaus forderte er auch den Ausbau von bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen, bezahlte Elternzeit und die Einführung des „single-payer system“ in der Krankenversicherung und ein Minimum von zwei bezahlten Urlaubswochen für alle Arbeitnehmer_innen in den USA. Sanders kritisierte zudem Clintons Amtsführung als Außenministerin zwischen 2009 und 2013, weil sie sich für Auslandsinterventionen ohne UNO-Mandat und für die Interessen großer us-Konzerne im Ausland einsetzte. Als Senatorin trat sie als laute Fürsprecherin des Irakkriegs auf. Über ihr diesbezügliches Abstimmungsverhalten sprach Clinton im parteiinternen Wahlkampf ungerne.

AUS DEM WAHLKAMPFTEAM IN DEN WAHLKAMPF

Eine der jungen Frauen, die im Wahlkampf-Team von Bernie Sanders als Organizerinnen und Unterstützerinnen aktiv waren, war Alexandria Ocasio-Cortez, die nun als der

Shooting Star der us-amerikanischen Linken gefeiert wird. Ocasio-Cortez wuchs 1989 im New Yorker Stadtteil Bronx auf, ihre Mutter wurde in Puerto Rico geboren und arbeitet als Busfahrerin und Putzfrau. Mit Hilfe eines Stipendiums konnte Ocasio-Cortez an der Boston University Wirtschaftswissenschaften und Internationale Politik studieren. Nach ihrem Studienabschluss zog sie zurück in die Bronx, wo sie als Kellnerin arbeitete und sich in der Bildungsarbeit engagierte. Nach ihrer Tätigkeit in der Sanders-Kampagne reiste sie zu den Protesten gegen die Zerstörung des Standing Rock, eines Indianerreservats zwischen North und South Dakota, das teilweise einer Erdöl-Pipeline weichen soll. Heute ist Ocasio-Cortez das zweite Aushängeschild der Linken in den USA und wird von Talkshow zu Talkshow gereicht.

Ocasio-Cortez' „Geständnis“, Probleme mit den Lebenshaltungskosten in Washington D.C. zu haben, verweist aber auf ein tiefgreifendes Problem us-amerikanischer Politik. Die monatliche Miete für eine möblierte Wohnung in Washington D.C. liegen durchschnittlich bei über 2.300 Dollar – in einem „normalen“ Wohnbezirk außerhalb der Politikblase, wo die Mieten weit höher sind. Für die wenigsten Senator_innen und Mitglieder des Repräsentantenhauses ist das ein Problem, denn Bewerbende für höhere Ämter in den USA entstammen normalerweise den Kreisen der Reichen und Vermögenden. Kampagnen werden zumeist aus Großspenden finanziert, von sogenannten Super-PACS (Political Action Committees), die von Unternehmen getragen werden. Ihre Bedeutung ist deshalb so relevant, weil in den USA keine Wahlkampfkostenrückerstattung existiert.

Eine Studie zeigte für 2014, dass mehr Millionäre als Nicht-Millionäre im Repräsentantenhaus sitzen. Überraschen mag auch, dass die gleiche Studie aus den Einkommenssteuererklärungen der Abgeordneten zeigen konnte, dass die Demokraten im Durchschnitt reicher waren als ihre republikanischen KollegInnen. Alle von „Our Revolution“ empfohlenen KandidatInnen verzichteten dagegen auf Großspenden und setzen vor allem auf die Aktivierung von Klein- und KleinstspenderInnen zur Finanzierung ihrer Wahlkampagnen. Zum Vergleich: Der unterlegene Joseph Crowley sammelte 2,8 Millionen us-Dollar für seine Wahlkampfkampagne, während seine Konkurrentin Ocasio-Cortez 126.896 us-Dollar durch Kleinspenden aufstellte.

Aber es ist nicht nur eine finanzielle Frage, sondern auch eine des kulturellen Kapitals und des Habitus' – das zeigen auch die Reaktionen auf das Interview Ocasio-Cortez', in dem sie über ihr Problem, eine Wohnung in Washington D.C.

zu mieten, spricht. Denn viele von New Yorks' Demokraten gehören dem engen Kreis der politischen Eliten an und haben den Kontakt zu jenen, die sie vorgeben, vertreten zu wollen, längst verloren.

VON BERNIE LERNEN, HEISST MOBILISIEREN LERNEN

Aus der neuen Dynamik in der Demokratischen Partei können auch europäische Sozialdemokratien einiges lernen, wiewohl die Rahmenbedingungen selbstverständlich andere sind. Einschränkend mitzudenken sind selbstverständlich die Differenzen der politischen Kultur in den USA und in Europa, die Nichtvergleichbarkeit des politischen Systems in den USA (etwa durch die Zuspitzung auf das Zwei-Parteien-System, das Mehrheitswahlrecht oder das Zwei-Kammern-System etc.) und jene des österreichischen politischen Systems, die sozialen Ungleichheiten und die Verschiedenheit der Strukturen des Wohlfahrtsstaates.

Inhaltlich zeigt die Dynamik in den USA, dass soziale Fragen nach wie vor Menschen mobilisieren. Dazu gehört nicht nur die Frage des Mindestlohns, die von den „Our Revolution“-KandidatInnen standardmäßig betont wird. Auch Fragen wie die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die Gesundheitspolitik (insbesondere die Einführung eines „Single-Payer-Healthcare-Systems“ oder die Einführung eines Mutterschutzes), die Bildungs- und Klimagerechtigkeit waren prominente Themen. Sanders und Co machen aus den genannten Themen soziale Fragen – und verknüpfen dies mit wichtigen Forderungen von feministischen und anti-rassistischen Bewegungen.

Wer sich näher mit den progressiven KandidatInnen dieser Wahlauseinandersetzung beschäftigt, bemerkt, dass viele von zwei Plattformen unterstützt werden – einmal „Our Revolution“ und einmal den DSA, den „Democratic Socialists of America“. Sie sind vergleichbar mit der AktivistInnen-Plattform „Momentum“ in der britischen Labour Party. Solche Plattformen erfüllen inhaltliche wie organisatorische Zwecke: Sie legen einen breiten inhaltlichen Rahmen für jene fest, die sie unterstützen. Wer „Our Revolution“ unterstützt, muss einige inhaltliche Forderungen akzeptieren und mittragen; diese betreffen zentrale Bereiche der us-amerikanischen Innen- und Außenpolitik und stellten unter anderem mit „Medicare for all“ und dem „15-Dollar-Mindestlohn“ die zentralen Wahlkampfthemen der KandidatInnen aus dem „Our

Revolution“-Netzwerk dar. Gleichzeitig wurde in der Sanders-Kampagne Infrastruktur verwendet, die Wahlkampagnen effektiv planen und umsetzen lassen. Auf diese Erfahrung etwa im Umgang mit Grass-Roots-Bewegungen und Spendenkampagnen konnten die, von „Our Revolution“ unterstützten KandidatInnen ebenso zurückgreifen, wie auf finanzielle Unterstützung am Beginn einer Kandidatur. Letzteres forcierte auch das Netzwerk „Brand new Congress“, das ebenfalls aus ehemaligen UnterstützerInnen und MitarbeiterInnen des Sanders-Kampagne entstanden war – allerdings nur Alexandria Ocasio-Cortez mit der Subventionierung ihrer Kampagne tatsächlich ins Amt verhalf. Ersetzen können solche Netzwerke die Arbeit in regionalen Strukturen der Parteien, in Basis- und Vorfeldorganisationen nicht – aber auch nicht umgekehrt: Netzwerke wie „Our Revolution“ mobilisieren und aktivieren Interessierte, FunktionärInnen und WählerInnen. Sie können auch dafür sorgen, dass bestimmte Positionen schwerer aufgegeben werden können im Alltag der „Realpolitik“. Sie betonen inhaltliche Differenzen zu anderen Gruppen in der Partei nach innen wie nach außen – wodurch Konflikte politisiert werden statt über persönliche Netzwerke oder Bundeslandgrenzen gespielt zu werden.

Kritik an der bisherigen Politik der Demokraten wird im Rahmen der Kampagne nicht verheimlicht, vielmehr bietet der offene Kurs gegen die Parteiführung der Demokraten Enttäuschten die Möglichkeit, ihre Kritik hör- und sichtbar zu artikulieren. Politische Spaltungslinien werden als solche benannt und nicht als Trennlinien zwischen einzelnen Personen, Ortsgruppen oder Vorfeldorganisationen konstruiert. Bernie Sanders war in den Vorwahlen insofern glaubwürdig als Kritiker des Establishments der Demokraten – sein „Voting Record“ bewies dies eindrücklich – als dass er als unabhängiger Abgeordneter und Senator mehrfach gegen die Linie der Demokraten stimmte. So votierte Sanders etwa gegen den Irakkrieg, gegen den Patriot Act und gegen das NAFTA-Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko. Die feministische Komikerin Sarah Silverman begründete ihr Engagement für Bernie Sanders in den Vorwahlen bei Bill Maher im März 2016 wie folgt: Bernie Sanders „has been on the right side of history at every turn. Not along with history, not when it becomes popular, but before it's popular.“ Sein Engagement für BürgerInnenrechte bewies Sanders nicht nur durch sein Abstimmungsverhalten, sondern durch seine Anwesenheit bei Demonstrationen, Streiks und Protestversammlungen. Eine andere Facette von Glaubwürdigkeit deckt Ocasio-Cortez ab. Durch ihre soziale Herkunft, die Migrationsgeschich-

te ihrer Familie, ihr Alter und ihre Arbeit als Kellnerin ist sie glaubwürdig, wenn sie über Probleme mit der Finanzierung des Studiums, des Lebensunterhaltes oder der Dringlichkeit der Einführung des Mindestlohns spricht. Aber auch Ocasio-Cortez betont ihre Nähe zu sozialen Bewegungen – etwa durch ihren Besuch gleich in der ersten Woche der Orientierung für neue Abgeordnete bei einer Protestveranstaltung von KlimaaktivistInnen in Nancy Pelosis Büro.

Bernie Sanders gestand schon in den Vorwahlen ein, dass er selbst als Präsident auf die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung angewiesen sein würde, um wichtige Reformen gegen die ökonomischen (und politischen) Eliten durchsetzen zu können. Er betonte, es reiche nicht aus, ihn zu wählen und sich dann zurückzulehnen; man müsse sich engagieren und organisieren, um gesellschaftliche Veränderung zu erwirken. Insofern verwundert es nicht, dass Sanders und andere demokratische SozialistInnen aus dem Kampagnenmodus auch nach der Wahl nicht herauskommen und dass ihre Kampagnen vor allem darauf orientieren, Menschen in den politischen Prozess zu involvieren.

In der politischen Kommunikation greifen Sanders, Ocasio-Cortez und andere besonders auf die Lebensrealitäten und -geschichten „echter Menschen“ zurück. Wenn Sanders die Lohnsituation von Disney-Angestellten thematisiert, kommen auch ehemalige MitarbeiterInnen zu Wort. Wenn es um die zerstörerischen Medikamentenpreise in den USA geht, sind stets PatientInnen und ihre Angehörigen, die unter der Kostenlast unterzugehen drohen, zu hören. Das unterstreicht Authentizität und Glaubwürdigkeit der politischen AkteurInnen, gibt Betroffenen eine Stimme und lässt sie gleichzeitig für sich selbst sprechen. Eines der berührenden Wahlkampfvideos aus der Sanders-Kampagne zeigte Erica Garner – deren Vater Eric Garner im Sommer 2014 Opfer rassistischer Polizeigewalt wurde und zu Tode kam –, die Bernie Sanders als demokratischen Präsidentschaftskandidaten empfiehlt.

BERNIE 2020?

Inwieweit es den demokratischen SozialistInnen gelingen wird, ihre Machtbasis in der demokratischen Partei weiter auszubauen und sich dann auch in den demokratischen Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur durchzusetzen, wird die Zeit zeigen. Dass nun mit Ocasio-Cortez, aber auch anderen KandidatInnen wie Andrew Gillum, Ilhan Omar, Rashida Tlaib und viele andere progressive Gesichter bei den Demo-

kraten und in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind und mit Inhalten und den Bewegungen hinter ihren Kandidaturen für Aufsehen gesorgt wurde, ist ein gutes Zeichen für die Stärkung jener Kräfte.

Bernie Sanders kündigte an, eine Kandidatur 2020 nicht auszuschließen, wenn er der beste Kandidat wäre, um eine zweite Amtszeit von Donald Trump zu verhindern. Aufgrund seiner Beliebtheitswerte, der Kampagnenerfahrung, der medialen Aufmerksamkeit, die er immer noch generieren kann und der großen Mobilisierungskraft, auch in Gebieten und Regionen, in denen die Demokraten in den vergangenen Jahren herbe Verluste einstecken mussten, hat er wohl trotz seines hohen Alters gute Chancen darauf, Teil eines Teams zu sein, das für die demokratische Nominierung zum US-Präsidentschaftskandidaten ins Rennen geht. Nicht auszuschließen ist diesmal auch, dass ein Team kandidiert und die Wahl der/des „Vizepräsidenten/Vizepräsidentin“ schon vorab zur Debatte steht. Der Ausgang der Richtungsstreits bei den Demokraten ist aktuell nicht abzusehen, verspricht jedoch in den kommenden beiden Jahren einiges an Spannung und lässt auf eine Stärkung des Lagers um Bernie Sanders durchaus hoffen. 

HANNA LICHTENBERGER

ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin in Wien und als parlamentarische Mitarbeiterin im SPÖ-Klub tätig.

DIE AUSRUFUNG DER REPUBLIK AM 12. NOVEMBER 1918

WIEN MUSEUM



DIE AUSRUFUNG DER REPUBLIK AM 12. NOVEMBER 1918

Foto: Richard Hauffe

© Wien Museum

Und täglich grüßt das Murmeltier

Theresa May hat den finalen Brexit-Showdown nach Weihnachten vertagt. Mit einer Neuauflage eines „Projekts Angst“ hofft sie, doch noch eine Mehrheit für ihren Brexit-Deal im Unterhaus zusammenzukratzen. **Ludwig Dvořák** gibt einen Überblick über den immer verworrener werdenden Brexit-Status und Theresa Mays finalen Kampf gegen ihre näher rückende Ablöse.

Die Chaoswochen in der britischen Politik gehen in eine neue Runde. Theresa May hat getan, was sie am besten kann: Sie hat die Entscheidung über das von ihr verhandelte Brexit-Abkommen auf Jänner vertagt. Ihre Regierung ergeht sich in vorgezogenen Diadochenkämpfen um ihre Nachfolge und völlig widersprüchlichen Ansagen zum Brexit. Jede inhaltliche Regierungsarbeit ist bis auf weiteres eingestellt, auch weil die Regierung im Unterhaus derzeit über keine arbeitsfähige Mehrheit verfügt. Theresa May ist angezählt und musste ihrer Fraktion versprechen, vor den nächsten Parlamentswahlen das Feld zu räumen, um vorläufig im Amt bleiben zu können. Jede Woche liefert aktuell einen Grund, der unter normalen politischen Umständen zum Sturz der Regierung führen würde. Doch noch krallt sich May an die Macht – und spielt auf Zeit.

DER BREXIT-DEAL

Mitte November hatte May mit EU-Chefverhandler Michel Barnier die Verhandlungen über den Austrittsvertrag abgeschlossen. Statt der erhofften Wunderlösung hatte May am Ende des Tages jene Konzessionen machen müssen, die von Anfang an absehbar gewesen waren – und gleichzeitig soviel als möglich offen gelassen. Die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem UK und der EU wurden weiteren Verhandlungen vorbehalten. Sollten die Verhandlungen nicht bis Ende 2020 abgeschlossen sein – was allen Beteuerungen zum Trotz als eher unwahrscheinlich gilt – wurde ein Notfallszenario, der sogenannte „Backstop“, vereinbart. Das Vereinigte verbleibt unter den Bedingungen des Backstops in der Zollunion und bleibt teilweise auch an Regeln des Binnenmarkts gebunden, nicht aber an die Personenfreizügigkeit. Für Nordirland bleibt

eine engere Bindung an den Binnenmarkt bestehen, um eine „harte Grenze“ auf der irischen Insel zu verhindern.

Damit brachte May jene zwei Elemente ihrer Regierungsmehrheit gegen sich auf, vor denen sie in den Monaten zuvor wohlweislich ständig zu Kreuze gekrochen war: Die nordirische Unionisten-Partei DUP und die Hardcore-Brexiters in ihrer eigenen Partei. Die DUP fühlt sich von May verraten, weil die unterschiedliche Behandlung von Nordirland und Großbritannien de facto zu einer Wirtschaftsgrenze zwischen den beiden führt. Die dafür in Aussicht gestellten „technischen Lösungen“ beruhigen die DUP ebenso wenig wie Mays Versicherung, man werde alles dafür tun, dass der „Backstop“ nicht zum Tragen kommen werde. Nicht ganz unberechtigt misst die DUP dem Wort der Premierministerin keinen besonderen Wert bei. Die Hardcore-Brexiters wiederum fühlen sich von May verraten, weil der Verbleib in einer EU-Zollunion das Hirngespinnst neuer britischer Weltmacht durch magisch-märchenhafte britische Handelsverträge mit Japan, USA und Südamerika von vornherein zunichte macht.

SHOWDOWN IM KABINETT

Theresa Mays erste Übung des politischen Überlebens vollzog sich daher in ihrem eigenen Kabinett, das nach einer langen und heftigen Diskussion Mays Plan billigte. Weil das Prinzip der „collective responsibility“ alle MinisterInnen an die Position der Regierung bindet, traten der Brexit-Minister Dominic Raab und Arbeitsministerin Esther McVey neben knapp einem Dutzend weniger bedeutsamer Regierungsmitglieder von ihren Ämtern zurück, um im Parlament gegen das Abkommen zu stimmen.

Angesichts einer Mehrheit von sieben Stimmen und der offenen Opposition der nordirischen DUP, deren zehn Abgeordneten die Regierung am Leben erhalten, zeichnete sich bereits ab, dass die Regierung im Unterhaus über keine Mehrheit für ihr Abkommen verfügt. Obwohl die Hardcore-Brexiters an der fraktionsinternen 15%-Hürde für ein internes Misstrauensvotum zunächst noch scheiterten, zeichneten sich damit die kommenden Probleme bereits ab.

MISSACHTUNG DES PARLAMENTS

Die Regierungskrise verschärfte sich rund um die Debatte über die Veröffentlichung des Rechtsgutachtens des Attorney General, der als oberster Rechtsberater der Regierung dem Kabinett beigezogen ist. Gegen den Willen Mays hatte das Unterhaus bereits Mitte November gefordert, dass dessen abschließende Bewertung des Abkommens den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Regierung hatte sich dagegen verwehrt, angesichts der sich abzeichnenden Mehrheit – auch die DUP hatte ihre Zustimmung zum Antrag der Opposition angekündigt – aber die konservative Fraktion zur Stimmenthaltung bewogen, um eine offene Abstimmungsniederlage zu vermeiden. Im Zuge der immer prekärer werdenden Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus, verweigerte die Regierung nun aber Ende November dennoch die Veröffentlichung der „vertraulichen“ Dokumente. Das machte die DUP, aber auch Teile der Konservativen noch misstrauischer: Sie vermuteten, dass die interne juristische Bewertung zum Schluss komme, dass der Backstop auch eine Dauereinrichtung werden könnte, während May laufend beteuerte, das sei nicht zu erwarten. Tatsächlich ist die rechtliche Seite klar: Der Backstop tritt in Kraft, wenn bis zum Ende der Übergangsperiode kein Wirtschaftsabkommen mit der EU abgeschlossen ist und er tritt erst außer Kraft, wenn dieses Abkommen wirksam wird. Das begünstigt in den Verhandlungen natürlich diejenigen, der den Backstop mehr zu fürchten hat. Eine einseitige Beendigung ist nicht vorgesehen und auch nur schwer denkbar.

Nachdem die Regierung nicht auf die Aufforderung zur Veröffentlichung reagiert hatte, griff das Unterhaus zu einem eher altertümlichen Disziplinierungsmittel: Labour brachte eine Resolution ein, dass der Regierung wegen der Missachtung des Parlaments selbst die Geringschätzung des Unterhauses ausgedrückt werden solle („held in contempt“). Zwar sind die Zeiten vorbei, in denen eine solche Resolution, wie zuletzt 1880, zur Verhaftung von Regierungsmitgliedern führt;

nach wie vor können aber Regierungsmitglieder wegen einer solchen Resolution aus dem Unterhaus suspendiert und sogar ausgeschlossen werden.

Der Versuch der Regierung, die Resolution in einen Ausschuss zu verschieben schlug fehl. Mit 311 zu 293 Stimmen wurde am 4.12.2018 der gesamten Regierung (!) – ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des britischen Parlamentarismus – die Missachtung ausgesprochen. May lenkte ein und veröffentlichte die angeforderten Dokumente.

WIEDER EINMAL: ENTSCHEIDUNG VERTAGT

War die Abstimmungsniederlage in der Contempt-Debatte schon ein böses Omen, spitzte sich die Lage in den nächsten Tagen weiter zu. Quer durch alle parteiinternen Lager kündigten immer mehr Abgeordnete an, gegen das Abkommen zu stimmen. Tory-Remainers und Brexiters fanden Einigkeit darin, dass Mays Abkommen das „Schlechteste aller Welten“ miteinander vereine. Großbritannien bleibe weitgehend an EU-Regeln gebunden, ohne darüber mitentscheiden zu können. Nachdem May tagelang eine Abstimmung am 11.12. angekündigt und alle Gerüchte über eine Verschiebung entschieden dementieren hatte lassen, schwenkte sie am 10.12. um: Als gute „Zuhörerinnen“ werde sie den EU-Gipfel nochmals nutzen, um „rechtsverbindliche Zusagen“ einzuholen, dass der Backstop kein Dauerzustand werde.

Diese 180-Grad-Wende brachte das parteiinterne Fass zum Überlaufen: Die Brexiters erreichten die 15%-Marke, um fraktionsintern eine Vertrauensabstimmung zu erzwingen. Die entschied May zwar mit 200 zu 117 Stimmen für sich. Doch dafür musste sie nicht nur ihren politischen Abgang vor den nächsten Unterhauswahlen in Aussicht stellen – 117 Stimmen gegen sie lassen kaum vorstellbar erscheinen, wie sie bei der nunmehr für den 14.1.2019 anberaumten Abstimmung eine Mehrheit erreichen will.

KEINE SUBSTANZIELLEN ZUGESTÄNDNISSE

Denn erwartungsgemäß hat May beim EU-Gipfel keine substanziellen Zugeständnisse erhalten und ist auch nicht denkbar, wie die eigentlich aussehen sollen. Sinn des Backstops ist ja, eine Auffanglösung zu sichern, wenn es in künftigen Verhandlungen zu keiner Einigung kommen. Eine zeitliche Befristung oder ein einseitiges Kündigungsrecht würde den Sinn dieser Sicherheitsmaßnahme völlig zuwiderlaufen

und kann von Irland niemals akzeptiert werden. Eine Versicherung, alle seien guten Willens und es werde schon nichts passieren, hatte die EU gerne in Aussicht gestellt, hätte aber die DUP nicht beruhigt. Obwohl May also mit leeren Händen aus Brüssel zurückkehrte, behauptet sie weiter trotzig, in guten Gesprächen zu sein und Lösungen finden zu wollen.

PROJECT FEAR RELOADED

Tatsächlich vermuten BeobachterInnen aber ein gänzlich anderes Kalkül hinter Mays Verzögerungstaktik: Die Premierministerin erwarte gar keine echten Zugeständnisse, sondern setze darauf, dass viele Abgeordnete umschwenken und ihren Deal (allenfalls mit bedeutungslosen kosmetischen Anpassungen) akzeptieren, wenn ein Austritt ohne Deal als Gefahr näherrückt. Großbritannien hat ja grundsätzlich den Austritt am 29.3.2019 beschlossen. Fast das Parlament keine anderen Beschlüsse, wird er wirksam, auch wenn das Austrittsabkommen nicht ratifiziert wird. In der Woche vor Weihnachten hat May alles getan, um die Panik davor zu schüren: 3.500 Soldaten seien für den Fall eines No-Deal-Brexit in Bereitschaft versetzt worden. Die Wirtschaftsverbände warnen vor einem ökonomischen Armageddon und fordern zur Unterstützung von Mays Deal auf. Täglich sickern neue Horrormeldungen über Folgen eines No-Deal-Brexit aus der Regierung. Das ist nicht ohne Ironie: Zwei Jahre lang hatte May unter dem Applaus der Brexiteers erklärt, „No Deal is better than a bad deal“. Nun, drei Monate vor dem Austrittstermin verlangt sie vom Unterhaus die Ratifikation eines über alle Parteigrenzen als „bad deal“ angesehenen Abkommens. Das sei nämlich besser als ein „No Deal“.

GEHT DER BLUFF AUF?

Selbstverständlich hätte es das Parlament in der Hand, diesem Treiben einen Riegel vorzuschieben. Dafür bestehen mehrere Optionen: Das Parlament kann natürlich dem vorliegenden Abkommen zustimmen. Es kann das Abkommen ablehnen und die Regierung im Amt lassen, die dann eine weitere Vorgangsweise vorzuschlagen hat. Es kann das Abkommen ablehnen und die Regierung stürzen, damit eine neue Regierung den Austritt verschieben und weitere Verhandlungen führen kann. Und das Parlament könnte theoretisch auch ein zweites Referendum ansetzen. Auch diese Variante würde aber wohl die Verschiebung des Austritts erfordern und ist keineswegs absehbar, wie die konkrete Fragestellung, geschweige denn der Ausgang einer solchen Abstimmung wäre.

May setzt offenbar darauf, dass unter dem Druck des drohenden „No Deal“ eine ausreichende Zahl an Konservativen und an Corbyn-hassenden Labour-Abgeordneten einschwenken, um „zum Wohl des Landes“ Schlimmeres zu verhindern, worunter von ihnen tatsächlich Neuwahlen und eine Labour-Regierung unter Jeremy Corbyn verstanden werden. Das ist nicht völlig ausgeschlossen, angesichts der sehr knappen Mehrheitsverhältnisse und des massiven internen Widerstands aber sehr unwahrscheinlich.

WAS TUN?

Nach wie vor wahrscheinlicher ist die Ablehnung des Abkommens durch das Unterhaus, sofern May diesmal abstimmen lässt. Die weitere Dynamik nach einer solchen Abstimmung ist kaum absehbar. Die Brexiteers, die einem No-Deal-Brexit positiv gegenüberstehen, haben dann wenig Veranlassung May aus dem Amt zu entfernen, sondern können hoffen, ihr absurdes Ziel durch weitere Obstruktion zu erreichen. Tatsächlich läge es dann an den Tory-Remainern die Verantwortung zu zeigen, die sie als Abgeordnete der Regierungspartei derzeit ständig vom Oppositionsführer einfordern. Um einen No-Deal-Brexit zu verhindern, müssten sie mit der Opposition eine Regierung ins Amt bringen, die den Brexit zumindest verschiebt. Eine Variante, die manche Tories dafür entwickeln ist ein „National Government“, de facto also ein Versuch, Anti-Corbyn-Labour-Abgeordnete aus der Partei zu brechen und zur Stützung einer Tory-Minderheitsregierung zu verhalten. Eine solche Variante hätte wohl nur mit neuem Regierungschef eine Chance und wäre im Spektrum der Tories die frühere Innen- und nunmehrige Sozialministerin Amber Rudd die für diese Strategie geeignetste Repräsentantin. Doch solche Sandkastenspiele setzen voraus, dass Rudd eine Mehrheit in ihrer eigenen Fraktion findet, und große Abspaltungen der Brexiteers verhindern könnte und beides scheint mehr als zweifelhaft.

Eine andere Variante für May oder einen präsidenten Nachfolger bleibt ein zweites Referendum. Dabei ist aber keineswegs ausgemachte Sache, dass Remain eine Option wäre. Für May würde eine Abstimmung zwischen ihrem Abkommen und einem Austritt ohne Abkommen innerparteilich und strategisch wesentlich mehr Sinn ergeben.

DAS REFERENDUMS-PHANTASMA

Die Probleme eines Referendums werden von dessen (links-)liberalen BefürworterInnen weiterhin mit Wonne ausgeblendet: Nicht nur ist dafür (derzeit) keine parlamentarische Mehrheit erkennbar und fehlt (ohne Verschiebung) die Zeit für eine Gesetzgebung zur Abstimmung; nicht nur ist die wahrscheinlichere Fragestellung eine ohne Remain-Option und ist keineswegs sicher, dass selbst wenn Remain eine Option wäre, die Abstimmung diesmal gut ginge: V.a. ist ohne Umschwung in der Regierung ein Referendum technisch und politisch nicht machbar. Alle Vorwurfskaskaden gegen die Labour Party, sie spreche sich nicht für ein Referendum aus sind politische Taktiererei ohne tieferen Sinn. Denn es liegt an der Regierung, nicht an der Opposition, ob, und wenn ja, wie ein zweites Referendum käme.

CORBYNS STRATEGIE

Labours Strategie hat sich in den letzten Monaten, allen Unkenrufen zum Trotz, als sehr effizient erwiesen. Die Regierung ist handlungsunfähig und taumelt von Verschiebung zu Zeitgewinn und zurück. Sie muss entfernt werden, um eine sinnvolle Brexit-Lösung zu erarbeiten. Um sie mit einem Misstrauensantrag stürzen zu können, muss in den Reihen der bisherigen Regierungsmehrheit aber auch das letzte Fünkchen Hoffnung, man werde sich irgendwie drüberschummeln können, verschwunden sein. Die Regierung erhöht in verantwortungsloser Weise den Einsatz und das Risiko. Die Opposition muss die Nerven wahren und auf ihren Moment warten, um die Regierung stürzen und selbst das Ruder in die Hand zu nehmen. Nicht nur, um die verfahrenende Brexit-Situation zu lösen, sondern v.a. um ein tief gespaltenes Land zu einen, sozial und wirtschaftlich neu aufzurichten und ihm neue Hoffnung zu geben. Symptomatisch für die gegenwärtigen Zustände Großbritanniens war die letzte Sitzungswoche vor der Weihnachtspause. Während konservative Abgeordnete, Medien und Lippenleser zu bestimmen versuchten, ob Corbyn während einer Debatte mit Blick auf die Regierungsbank „Dumme Frau“ oder „Dumme Leute“ gemurmelt hat, starb ein Obdachloser, einer von Zehntausenden landesweit, auf den bitterkalten Straßen Londons unmittelbar vor den Toren des Westminster Palace, dem Sitz des Unterhauses. Es bedarf wohl keiner Erläuterung welches bahnbrechende Ereignis die regierungsfreundlichen Medien tagtelang dominierte. 🍷

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



Englische Hilfslieferungen für Wien, 1919

Foto: Richard Hauffe

© Wien Museum

DIE AUSRUFUNG DER REPUBLIK AM 12. NOVEMBER 1918

WIEN MUSEUM



Der gescheiterte Traum Jugoslawien

Anlässlich des hundertsten Jahrestages der Gründung Jugoslawiens geht **Marko Miloradovic** der Frage nach, was zum Scheitern dieses – jedenfalls nach 1945 – modernistischen und emanzipatorischen Staatsprojekts geführt hat und sucht Erklärungen jenseits gängiger Vorurteile über den angeblich „gewalttätigen Balkan“.

Es ist gefährlich, im Traum eines Anderen gefangen zu sein. Der Balkan und die jugoslawischen Völker wissen das gut. Denn bei der Suche nach der Ursache der Niederlage Jugoslawiens, ist es leicht sich im Traum vom Balkan zu verirren.

DAS VORURTEIL VOM GEWALTÄTIGEN BALKAN

Im Feuilleton wird die Geschichte Jugoslawiens oft durch das Prisma seines eigenen Zerfalls erklärt: Das blutige Auseinanderbrechen in den 1990er Jahren steht am Beginn, die Künstlichkeit des Elitenprojekts „südslawischer Staat“ wird sorgfältig herausdestilliert, damit letztlich die Unausweichlichkeit des Untergangs untermauert werden kann, die von Anfang an ohnehin feststand.

Der Unausweichlichkeit werden dabei oft bedeutungsschwere Ausführungen zu ausgeprägten Gewaltspezifika des Balkans, dem unbekanntem Wesen, beigemischt: Seit jeher gehen dort die Menschen ihren ethnischen Säuberungen nach, man flüstert einander leise die Epen spätmittelalterlicher Schlachten ins Ohr, immer bereit mit dem Gewehr in die Wälder zu gehen.

Der Traum vom Balkan. Es ist ein gemütliches Vorurteil, einfach und faul.

GESCHICHTE ALS LEGITIMATIONSMITTEL AKTUELLER POLITIK

Weshalb der Staat gut 70 Jahre existierte und aus welchen Gründen er kollabierte, werden mit bemerkenswerten Ausnahmen kaum bearbeitet. Das gilt für die Literatur aus dem

ehemaligen Jugoslawien, wie auch für jene von Außerhalb. Der Traum vom Balkan funktioniert – wenig überraschend aus der Sicht von PsychoanalytikerInnen – beidseitig. Geschichte ist in Ex-Jugoslawien mangels politischer Erfolgsmeldungen und Alternativen stets Tagespolitik und Legitimationsmittel der politischen Klasse; obsessive Beschäftigung mit dem Vergangenen und die Menge der Selbst- und Fremdbeschreibungen der einzelnen Nationen sind kaum zu überblicken. Debatten von Obskuranten werden in die Mitte der Gesellschaft getragen. HistorikerInnen werden auf der Straße erkannt, Geschichte ist die beliebteste Studienwahl und Schulbücher wurden bereits mehrmals in den Jahrzehnten nach Tito umgeschrieben werden.

Umso ergiebiger scheint es, die Niederlage Jugoslawiens als das Scheitern eines Staates und dem damit verbundenen Überlebenskampf der Nomenklatura zu betrachten und sich so auch vom Obskuren zu immunisieren. Der Fokus auf den failed state macht auch die Niederlage verständlicher, obwohl im Rahmen eines solchen Textes unweigerlich zu Verkürzungen gegriffen werden muss.

KEIN IMMERWÄHRENDER VÖLKERHASS

Für einen seit jeher bestehenden Hass der Völker untereinander gibt es ebenso wenige Beweise, wie für die schon erwähnte balkanspezifische Kultur der Gewalt. Erst der Zusammenbruch des Staates, der Zusammenbruch von Institutionen inmitten einer über ein Jahrzehnt andauernden Wirtschaftskrise, das Versagen der Konfliktlösungsmechanismen und des staatlichen Gewaltmonopoles öffnet den Raum, in dem bestimmte AkteurInnen – oft aus der kommunistischen Nomenklatura selbst – ihre Legitimationskrise zu überwin-

den suchten. Die Verhandlungen des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag ergaben, dass noch vor der formellen Auflösung des Staates, lokale Autoritäten bereits „ethnische Säuberungen“ im Kampf um die Erbmasse durchdacht und die Medien einem solchen Konflikt einen ertragreichen Boden bereitet hatten, bis diese schließlich militärisch vollzogen wurden. Die Verbrechen und die Gewalt wurden somit von Oben vorbereitet und befohlen, nicht spontan von den Nachbarn verübt.

100 JAHRE JUGOSLAWIEN

Jugoslawien wäre am 1. Dezember 2018 100 Jahre alt geworden. In seiner Geschichte hatte es drei Formen angenommen: als zentralistische Monarchie zwischen den großen Kriegen, von 1945 an als föderale sozialistische Republik bis es von 1991 an, als Torso (Serbien, Montenegro, Kosovo) und Begriff noch bis 2003 existierte.

Die 23 Millionen JugoslawInnen setzten sich aus zumindest 24 Ethnien zusammen, kommunizierten in zumindest 17 Sprachen, schrieben in zwei Alphabeten. Aus einer Serie von sechs bewaffneten Auseinandersetzungen ging die heutige politische Landkarte hervor: zumindest 140.000 Menschen starben in den Konflikten, ein beträchtlicher Anteil davon ZivilistInnen; Genozid und 4,5 Millionen Flüchtlinge, die in „ethnisch gesäuberte“ Landstriche oder ins Ausland hin- und hergeschoben wurden, waren Teil dieser Konflikte. Die enormen wirtschaftlichen Schäden wirken sich bis dato katastrophal aus. Heute leben die Menschen in sieben unterschiedlich souveränen Gebilden.

Das politische Versprechen des ersten jugoslawischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg war es, den kleinen, überwiegend slawischen, kulturell und sprachlich verwandten Völkern einen Staat zu geben, der sie vor der Rolle des Spielballs benachbarter Großmächte bewahren sollte. Das politische Versprechen Tito-Jugoslawiens nach dem Zweiten Weltkrieg war es, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Tito-Jugoslawien hatte eine belastende Hypothek: dem gleichzeitig während des Zweiten Weltkrieges stattfindenden BürgerInnenkrieg zwischen zahlreichen mit den Besatzungsmächten kollaborierenden rechten und faschistischen Gruppierungen sowie den Tito-PartisanInnen. Das Versprechen des multinationalen Sozialismus erwies sich als tragfähigstes Konzept – sowohl während des Krieges als auch für den zweiten Anlauf des jugoslawischen Staates.

Jugoslawien hatte Erfolge zu verzeichnen. Gesellschaftspolitisch wurde liberalisiert, es herrschte relative Freiheit im Vergleich zu anderen realsozialistischen Staaten (insbesondere Reisefreiheit), eine einzigartige wirtschaftliche Verfasstheit und die außenpolitische Blockfreiheit. Der ideologische Überbau war getragen von „Brüderlichkeit und Einigkeit“, PartisanInnenmythos und Tito. Bis in die 70er-Jahre wuchs die Wirtschaft jährlich um durchschnittlich 6,1%, die Realeinkommen stiegen in diesem Zeitraum um 150 Prozent.

ÜBERWINDUNG DES NORD-SÜD-ARMUTSGEFÄLLES SCHEITERT

Das Versprechen einer sozialistischen Gesellschaft war wesentlich mit dem Vorhaben verknüpft, die enormen Nord-Süd-Unterschiede in Jugoslawien zu überwinden. Je nach Wirtschaftskraft zahlten deshalb die Republiken in einen Strukturfonds ein oder waren dessen Empfänger. Slowenien und Kroatien waren dabei typischerweise Nettozahler, während am Ende dieser Politik fast 50% der Mittel in den Kosovo flossen. Das Projekt war ein Fehlschlag. Tatsächlich vergrößerten sich die Unterschiede sogar: SlowenInnen waren 1945 etwa dreimal wohlhabender als die KosovarInnen, in den 1960ern sechsmal und Ende der 1980er-Jahre sogar neunmal reicher. Das Staatsgefüge befeuerte unbeabsichtigt Verteilungskonflikte, machte nationalistische Tendenzen in den lokalen Kommunistischen Parteien der Republiken salonfähig, radikalisierte den unter der Oberfläche immer existenten nationalistischen Rand, extremistische EmigrantInnen und nicht zuletzt die Academia.

GESCHEITERTE REFORMBEMÜHUNGEN VON LINKS

Bemerkenswerte politische Reformbestrebungen entfalteten sich zunächst, wie in viel realsozialistischen Staaten, links der Kommunistischen Partei. Die Studierendenproteste 1968 sahen in ihrer Analyse den Sozialismus von einer neuen herrschenden Klasse, einer roten Bourgeoisie, verraten. Ihre Forderungen war die konsequente Umsetzung der sozialistischen Verfassung, gegen ein korruptes Behörden- und Parteigemeinde. Zwar wandte sich Tito nach Gewalt auf der Straße an die Studierenden und gab ihnen öffentlichkeitswirksam Recht, sodass die Proteste aufhörten. Die radikalen Elemente wurden jedoch trotzdem aus der Partei ausgeschlossen und die anti-nationale Linke war entwaffnet.

Anfang der 70er pendelte die staatliche Repression nach rechts. Insbesondere in intellektuellen Klüngeln und in den lokalen Kommunistischen Parteien brachen unter nationalen Vorzeichen geführte Diskurse aus, die die Ungleichbehandlung in der Verteilung der Mittel zum Anlass nahmen, Forderungen nach mehr Föderalismus und Eigenständigkeit der Republiken laut werden zu lassen. Vereinfachend gesagt: die Nomenklatura der reichen Republiken warf den ärmeren Republiken vor, auf ihre Kosten zu leben. Die Ärmere befanden jedoch, dass die Reichen nur auf dem Rücken der Armen reich geworden seien und dementsprechend ihren Anteil zu leisten hätten. Das ökonomische und soziale Ungleichgewicht wurde immer mehr mit Fragen der eigenen Kultur und nationalen Stellung im Staat vermengt.

DAS AUFKOMMEN RECHTS-NATIONALER OPPOSITION

So warf beispielsweise die Bewegung des „kroatischen Frühlings“ anfangs noch die Frage nach der Eigenart der kroatischen Sprache auf; die lokale KP setzte sich daraufhin an die Spitze des Frühlings und forderte mehr finanzielle und sicherheitspolitische Eigenständigkeit für Kroatien. Man sei Nettozahler und der Strukturfonds würde Kroatien über die Maße anspannen. Tito entließ darauf die Führung der kroatischen KP und stellte sie vor Gericht. Auch in Serbien, im Kosovo und Bosnien-Herzegowina wurde gegen nationalistische Tendenzen und Regimegegner vorgegangen. Tito beantwortete die national aufgeladenen Forderungen mit Repression, die Rechte wie die Linke in der Partei wurde in die Ecke drängte. Der Leninismus – so manche – sei nach einer Phase der schnellen gesellschaftlichen Öffnung zurückgekehrt..

In ihrer Relevanz war die Linke, die die untrennbar mit der Verteilungsfrage zwischen den Republiken verbundene Klassenfrage aufwarf, weniger gefährlich für die Staatsführung, als es die Rechte war. Die nationale Position war stärker in den lokalen Kommunistischen Parteien und der Intelligenz verankert. Eine Reform des stockenden Selbstverwaltungssozialismus konnte so nicht vorangetrieben werden und die Verteilungskonflikte zwischen den Republiken vertieften sich mit dem Einsickern des Nationalen in die Nomenklatura. Deren Legitimationsgrundlage wurde immer weniger das gemeinsame Projekt des Sozialismus, sondern die nationale Frage; eine Entwicklung vor der die anti-nationalistische Linke stets gewarnt hatte.

Den Zentrifugalkräften inmitten dieses veritablen Strukturproblems wurde mit der vierten und letzten Verfassung des Staates aus dem Jahr 1974 entgegengetreten. Mit ihr erklärte sich Jugoslawien de facto zu einem Staatenbund, bestehend aus souveränen Teilstaaten, nachdem der Staat ohnehin bereits föderativ organisiert war. Institutionen wurden nach ethnischen Gesichtspunkten besetzt. Aufstieg war an die Nationalität gekoppelt, die Bedeutung der Ethnie im sozialen Leben bekam sozusagen Verfassungsrang.

Tito, der mit dieser Verfassung zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt wurde, hatte genauer betrachtet immer eine unklare Rolle im Staatsgefüge; er stand sozusagen über den Dingen und konnte kraft seiner integrativen Autorität schwelende Verteilungskonflikte übertünchen. Nach seinem Tod 1980 konnte es naturgemäß keine neuen Tito geben und es gab auch keinen „logischen“ Nachfolger. Die kommunistische Nomenklatura gab daher – wohl etwas ratlos – die transzendente Losung heraus: „Posle Tita - Tito!“, sprich: „Nach Tito - Tito!“.

WIRTSCHAFTSKRISE IN PERMANENZ

Die Ölpreisschocks der 1970er-Jahre traf Osteuropa besonders hart. Die Einnahmefälle konnten mit Kreditaufnahmen zwar stabilisierend aufgefangen werden; der Staat stand jedoch mit (nach heutigen Maßstäben lächerlichen) 21 Milliarden US-Dollar Schulden vor der Zahlungsunfähigkeit. Im Gegenzug für Hilfskredite verordnete sich die jugoslawische Regierung mit Unterstützung des IWF ein Austeritätsprogramm. Schocktherapie: Nahrungsmittel, Güter des täglichen Bedarfs, Kraftstoff und Energie wurden rationiert. Die Realeinkommen lagen 1985 um 27 Prozent niedriger als 1979, 1,3 Millionen Menschen waren arbeitslos (17% Arbeitslosigkeit), 20% hatten zu wenig Arbeit, als sie zum Überleben brauchten, 60% der Unter 25 – Jährigen waren arbeitslos.

Investitionen, Löhne, Nachfrage und Absatz fielen ins Bodenlose. 1983 sank das Wachstum ins Minus, während die Inflation jährlich um 45% anstieg, bis sie 1985 100% erreichte. Der Lebensstandard fiel dermaßen schnell, dass es vermehrt zu Plünderungen kam, Arbeitskämpfe zunahm und sich auch langsam politisierten. Die Kredite waren auf dem Papier zwar hilfreich, aber fielen der Schwäche des systemisch korrumpierten Staates und der Konzentration der Finanz- und Wirtschaftskompetenzen im nunmehr noch stärker föderalisierten Staat zum Opfer. So war beispielsweise nur mehr die Hälfte der Milliardenkredite, einem konkreten Schuldner zu-

ordenbar. Damit man dies hätte unterbinden können, wäre ein Zentralstaat mit entsprechenden Aufsichtskompetenzen notwendig gewesen. Das Gegenteil war der Fall und die Republiken konnten immer wieder, für einen vermeintlichen nationalen Vorteil, den volkswirtschaftlichen Pfad des Gesamtstaates konterkarieren.

Die reichen Republiken (Slowenien, Kroatien) begannen sich Mitte der 1980er-Jahre zu weigern, ihren Beitrag in den Strukturfonds zu geben, was die Schere von Arm und Reich weiter auseinander hatte driften lassen. Die Einkommensverteilung entsprach in den 1980er -ahren mittlerweile jener des Westens. Nach über fünf Jahren Krise, litten nach Umfragen 31% der Menschen unter stark entwickelten Ängsten und blickten sorgenvoll in die Zukunft.

Diese Angst war nicht nur der ökonomischen Misere geschuldet. Die Tabus Tito-Jugoslawiens wurden gebrochen, Erinnerungen an die horrenden Verbrechen während des BürgerInnenkriegs im Zweiten Weltkrieg wurden literarisch, filmisch, akademisch angerührt und immer mehr mit Zuständen des Hier und Jetzt verglichen. Die regionalen KPs ließen diese Tendenzen teilweise bewusst gewähren, Geistliche stiegen wieder in der Achtung der verarmten Bevölkerung, die ihre eigenen mythischen-nationalistischen Agenden aufs Tapet brachten. Fluten revisionistisch-nationalistischer Literatur (von Sachbuch bis zu Poesie) überschwemmten die Bücher-Schwarzmärkte, die die „richtige“ Version der Geschichte des BürgerInnenkrieges im Zweiten Weltkrieg erzählten. Die Akademien der Wissenschaften der Republiken konnten sich bei der Erarbeitung der monumentalen „Enzyklopädie Jugoslawiens“ sowie der „Geschichte der Völker Jugoslawiens“ nur mehr bis zum Jahr 1800 einigen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges war auch das sozialistische Versprechen nicht mehr aufrecht zu erhalten. Der Dritte Weg des unter westlichen Links-Intellektuellen beliebten Titoismus hatte keinen Sinn mehr. Die Legitimationskrise war perfekt und die Nomenklatura (insbesondere) in Slowenien, Kroatien und Serbien bediente sich im Verteilungskonflikt immer offener nationaler Vorzeichen, eingehüllt in kommunistischer Rhetorik. Slobodan Milosevic ist geradezu ein typischer Vertreter dieser Zeit. Als grauer Apparatschik, erkannte er als einer der ersten Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei die sozialistische Legitimationskrise und war dabei in der Lage, AnhängerInnen des alten Regimes wie auch die Nationalen zu mobilisieren. Er gerierte sich als Be-

wahrer eines zentral geführten Jugoslawiens, wollte Mehrheitsentscheidungen statt dem Konsensprinzip in die Verfassung verankern; als selbst ernannter Bewahrer des gefährdeten serbischen Lebens in Kroatien, Bosnien und im Kosovo nutzte er das Vakuum und hob die Autonomie der nord- und südserbischen autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo auf.

Die Desintegration des Staates wurde spätestens mit dem letzten Versuch der Zentralregierung, die 1989 bereits auf 2700% explodierte Inflation zu bekämpfen, besiegelt. Die Privatisierungswellen gefährdeten nunmehr jeden zweiten Arbeitsplatz, das sozialistische Eigentumsrecht und die ArbeiterInnen selbstverwaltung wurde abgeschafft.

Die Kommunistische Partei schaffte sich schließlich 1990 selbst ab, als slowenische und kroatische Delegierte in giftiger Atmosphäre aus Protest gegen Milosevic geschlossen den Bundeskongress verließen. Damit erodierte auch die gesamtjugoslawischen Institutionen, der Sicherheitsapparat und der gemeinsame Wirtschaftsraum.

Aus einer über ein Jahrzehnt andauernden Wirtschaftskrise entwickelte sich eine Legitimitätskrise der Kommunistischen Partei und ihrer Eliten; weiters eine Systemkrise, da Reformen zur Rettung des Staates immer mehr ethnisch definiert, damit aber auch der ethnische Diskurs legitimiert wurden; schließlich wuchs sich dies zu einer umfassenden Staatskrise aus.

DER OFFENE ZERFALL BEGINNT

1990 und 1991 fanden die ersten demokratischen Wahlen statt. In den meisten Republiken gewannen offen nationale oder zumindest rot lackierte nationale Parteien die Wahlen, die mit der alten Nomenklatura entweder im direkten Zusammenhang standen (z.B. die Sozialistische Partei Serbiens unter Milosevic als Nachfolgerin der KP Serbiens) oder zumindest aus ihr stammten (z.B. die Kroatische Demokratische Gemeinschaft unter Franjo Tudjman, einem ehemaligen PartisanInnenen-Major Titos). Die neuen, national ausgerichteten Führungen der jugoslawischen Republiken machten die Bundespolitik bewegungsunfähig. Slowenien und Kroatien spalteten sich ab, die ersten Gewehrsalven folgten.

Jugoslawien hat am Ende den Test nicht bestanden. Statt der supranationalen jugoslawischen Idee trat der ethnisch homogene (homogen zu machende) Nationalstaat als Ordnungsprinzip an ihre Stelle.

Jugoslawien war wohl eines der modernistischsten Projekte der europäischen Staatengeschichte. Womöglich die einzig bislang gefundene Organisationsform mit emanzipatorischem Charakter für die kleinen Völker des Balkans. Denn Jugoslawien war trotz aller Betonung der Vielfalt auch Hochverrat an der eigenen engen Nation.

Jugoslawien scheiterte jedoch an seinem eigenen Unvermögen. Am Überlebenskampf der kommunistischen lokalen Nomenklatura, an der Legitimationskrise der KommunistInnen, an der rapiden Verarmung der Menschen, am gescheiterten Schritt in Richtung Demokratisierung des politischen Lebens, letzten Endes am gebrochenen Versprechen Titos. 🍷

MARKO MILORADOVIC

ist Jurist. Der frühere Landesvorsitzende der Jusos Tirol ist heute beruflich für die Stadt Wien tätig.

DIE AUSRUFUNG DER REPUBLIK AM 12. NOVEMBER 1918

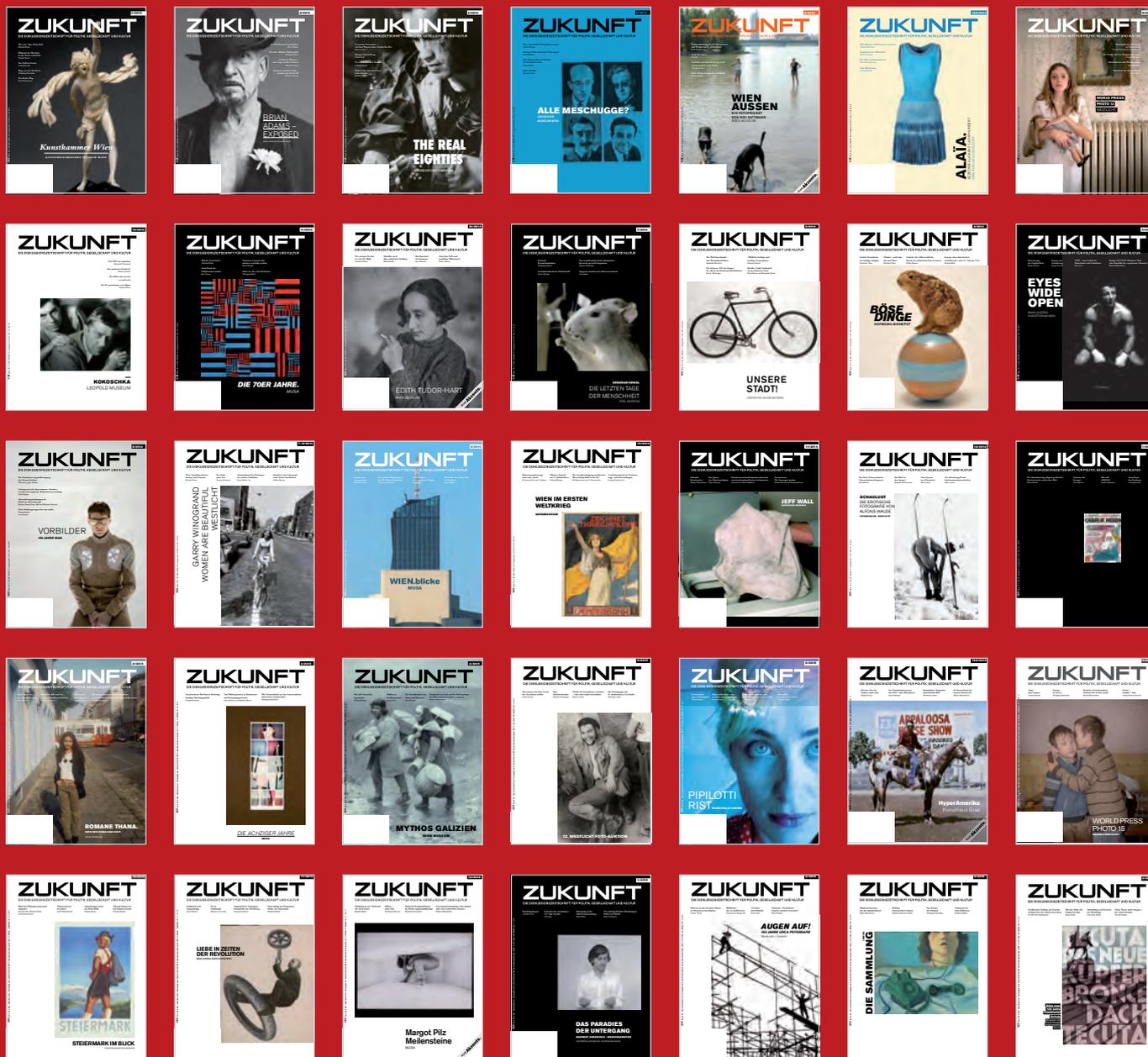
WIEN MUSEUM



Wahlkampf für die erste Parlamentswahl der Republik, Februar 1919

Aus: Das interessante Blatt, 20. Februar 1919, Ausschnitt

© ÖNB / ANNO / Wien Museum



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____